

Aufbruch 09

Die Landtagswahlen in
Bayern seit 1978

– Eine Langzeit-Analyse –

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
MdL, Vizepräsident des Landtags,
Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes,
Mitglied des SPD-Landesvorstandes

Steven Kalus
Wissenschaftlicher Assistent
Mitglied des SPD-Bundesparteirates

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	5
<u>I. Tabellen</u>	6
<u>II. Landtagswahlen 1978 - 2008</u>	
1. Landtagswahlen 1946 bis 1974	9
2. Landtagswahl 1978	9
2.1. Politische Ausgangslage	9
2.2. Spitzenkandidaten	10
2.3. Wahlergebnis	10
2.4. Analyse 1978	10
2.4.1. Sozialstruktur	10
2.4.2. Hochburgen	10
2.4.3. Stammwähleranteil	11
2.4.4. Jungwähler	11
2.4.5. Arbeiter	11
2.4.6. Konfessionen	11
2.4.7. Allgemeine Aspekte	11
2.5. Zusammenfassung	12
3. Landtagswahl 1982	12
3.1. Politische Ausgangslage	12
3.2. Spitzenkandidaten	13
3.3. Wahlergebnis	13
3.4. Analyse	13
3.4.1. Verluste an die Grünen	13
3.4.2. Hochburgen	13
3.4.3. Konfessionen	14
3.4.4. Wohngebiete	14
3.4.5. Allgemeine Aspekte	14
3.5. Zusammenfassung	14
4. Landtagswahl 1986	15
4.1. Politische Ausgangslage	15
4.2. Spitzenkandidaten	15
4.3. Wahlergebnis	16
4.4. Analyse	16
4.4.1. Wohngebiete	16
4.4.2. Konfessionen	16
4.4.3. Städtische und ländliche Gebiete	17
4.4.4. Hochburgen	17
4.4.5. Allgemeine Aspekte	17
4.5. Zusammenfassung	18

5. Landtagswahl 1990	18
5.1. Politische Ausgangslage	18
5.2. Spitzenkandidaten	19
5.3. Wahlergebnis	20
5.4. Analyse	20
5.4.1. Städtische und ländliche Gebiete	20
5.4.2. Hochburgen	20
5.4.3. Wählergruppen	21
5.4.4. Allgemeine Aspekte	21
5.5. Zusammenfassung	22
6. Landtagswahl 1994	23
6.1. Politische Ausgangslage	23
6.2. Spitzenkandidaten	23
6.3. Wahlergebnis	24
6.4. Analyse	24
6.4.1. Parteibindungen	24
6.4.2. Geschlecht	24
6.4.3. Alter	24
6.4.4. Berufsgruppen	25
6.4.5. Gewerkschaftszugehörigkeit	25
6.4.6. Konfessionen	26
6.4.7. Städtische und ländliche Gebiete	26
6.4.8. Hochburgen	27
6.5. Zusammenfassung	27
7. Landtagswahl 1998	28
7.1. Politische Ausgangslage	28
7.2. Spitzenkandidaten	28
7.3. Wahlergebnis	29
7.4. Analyse	30
7.4.1. Geschlecht	30
7.4.2. Alter	30
7.4.3. Berufsgruppen	31
7.4.4. Konfessionen	31
7.4.5. Städtische und ländliche Gebiete	32
7.4.6. Zusammenfassung	32
8. Landtagswahl 2003	33
8.1. Politische Ausgangslage	33
8.2. Spitzenkandidaten	34
8.3. Wahlergebnis	34
8.4. Analyse	35
8.4.1. Geschlecht	35
8.4.2. Alter	35
8.4.3. Bildung	36
8.4.4. Berufsstruktur	36

8.4.5. Berufsgruppen	36
8.4.6. Gewerkschaftszugehörigkeit	37
8.4.7. Konfessionen	38
8.4.8. Städtische und ländliche Gebiete	38
8.4.9. Hochburgen	39
8.5. Zusammenfassung	39
9. Landtagswahl 2008	40
9.1. Politische Ausgangslage	40
9.2. Spitzenkandidaten	41
9.3. Wahlergebnis	41
9.4. Analyse	42
9.4.1. Geschlecht	42
9.4.2. Alter	42
9.4.3. Bildung	43
9.4.4. Berufsgruppen	44
9.4.5. Gewerkschaftszugehörigkeit	45
9.4.6. Konfessionen	45
9.4.7. Städtische und ländliche Gebiete	46
9.5. Zusammenfassung	46
<u>III. Ergebnisse</u>	
1. Gesellschaftliche Entwicklung	48
2. Flügelkämpfe	50
3. Programme und Personen	53
4. Kompetenzen	54
5. Ältere	55
6. Finanzen	56
<u>IV. Was ist zu tun?</u>	57
<u>Literaturverzeichnis</u>	59

Vorwort

Wie schlimm steht es um die BayernSPD? Um diese Frage zu beantworten, beginnt diese Untersuchung nicht mit analytischen Gedankengängen und wohlmeinenden Thesen, sondern sie beginnt mit Tabellen, die man in der Regel erst als Anhang findet: Nämlich den Tabellen mit der Entwicklung der SPD in Bayern bei den Wahlen und bei den Mitgliedern. Jeder sollte zuerst bei diesen Tabellen innehalten und sie aufmerksam betrachten.

Wahlanalysen sind meistens Momentaufnahmen, weil sie nur eine gerade stattgefundenen Wahl und ihre Ergebnisse im Vergleich zur vorhergehenden Wahl beleuchten. Aufschlussreicher ist es, im Wege einer Langzeituntersuchung die Wahlanalyse mehrerer Wahlen zu verknüpfen, im vorliegenden Falle die Landtagswahlen in Bayern in den letzten 30 Jahren. Die Ergebnisse können und dürfen eine politische Partei wie die SPD nicht befriedigen.

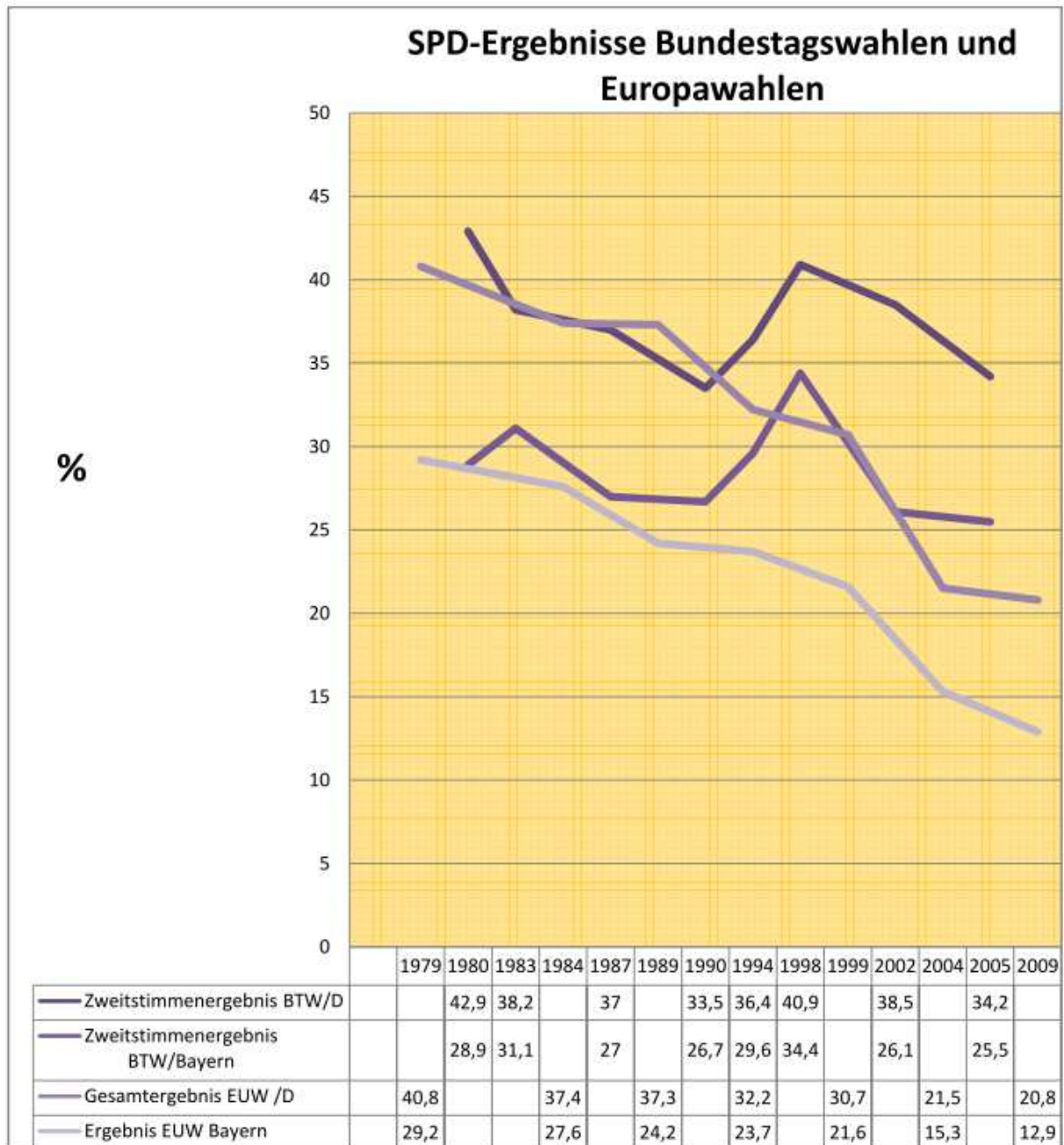
Schon jetzt lässt sich sagen, dass die Gründe für die immer schlechter werdenden Wahlergebnisse nicht beim Wähler, sondern in der SPD selber zu suchen sind. Selbstkritik und nicht Wählerbeschimpfung sind angesagt. Der SPD steht ein schwerer Weg bevor. Solche schweren Wege hat es aber in den letzten 150 Jahren immer wieder gegeben. Diese Untersuchung will einen Beitrag dazu leisten, dass die SPD auch dieses Mal den richtigen Weg findet.

München, 7. Juli 2009

Peter Paul Gantzer

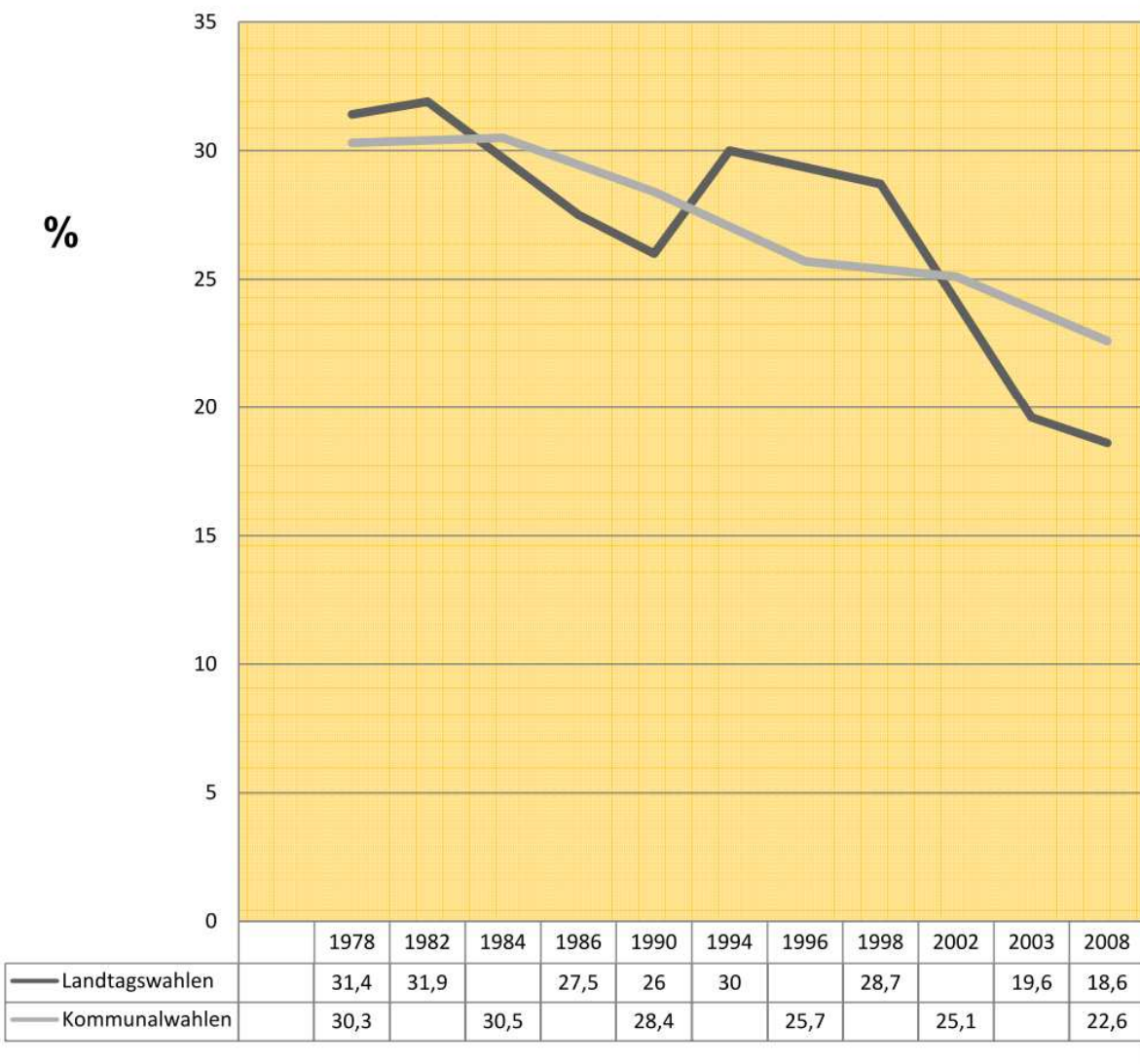
Steven Kalus

I. TABELLEN

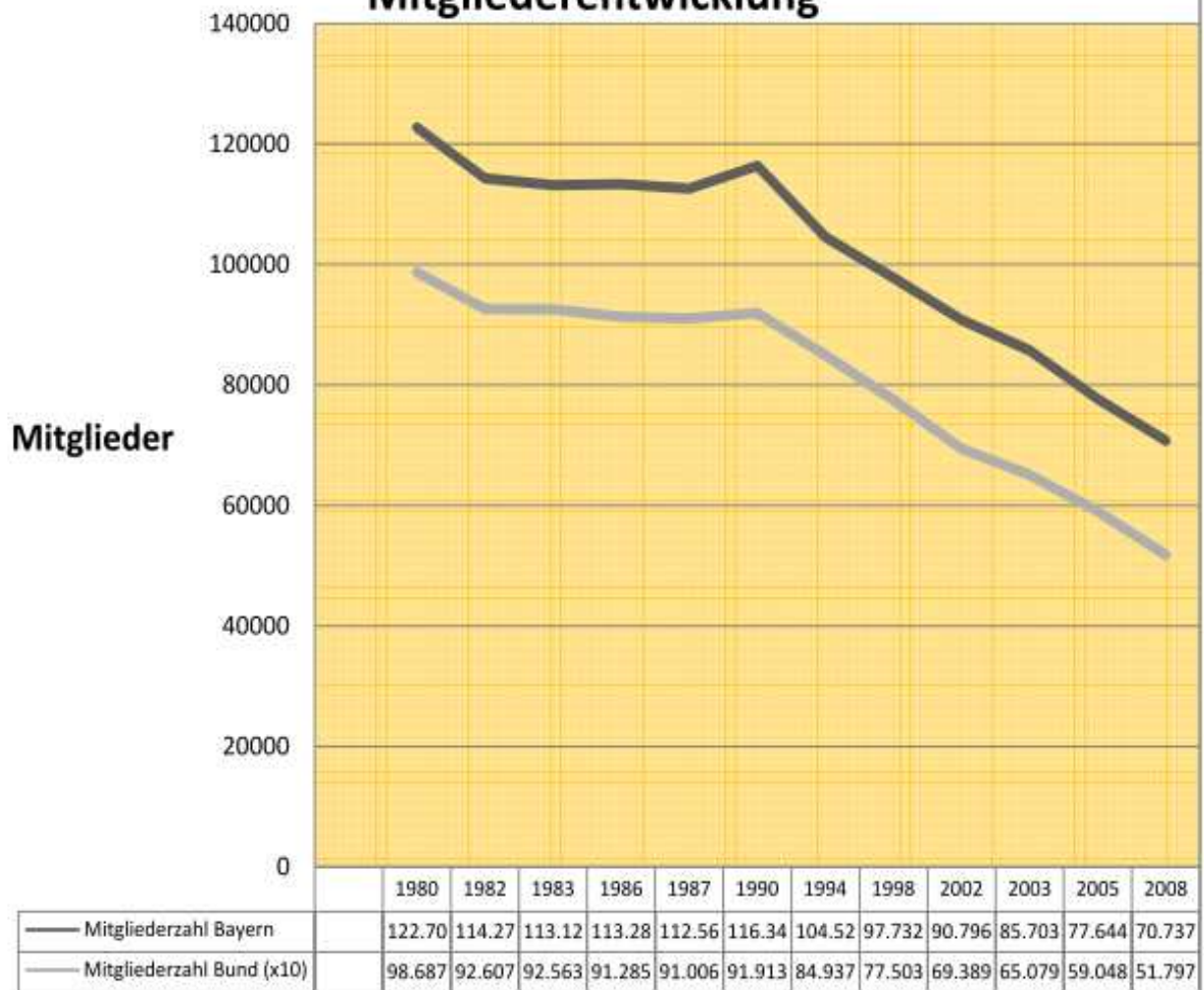


SPD-Ergebnisse Landtagswahlen und Kommunalwahlen

(Kommunalwahlen: Ergebnisse der Wahl der Stadträte in den kreisfreien Städten und Wahl der Kreistage in den Landkreisen)



SPD- Mitgliederentwicklung



II. **LANDTAGSWAHLEN** **(1978 - 2008)**

1. Landtagswahlen 1946 bis 1974

Bei den Landtagswahlen 1946 bis 1954 in Bayern lagen die Stimmanteile der SPD bei ca. 28%. Von 1958 bis 1966 konnte die SPD ihren Stimmanteil von 30,8% (1958) über 35,3% (1962) auf 35,8% im Jahre 1966 steigern. Bei den darauffolgenden Landtagswahlen sank der SPD- Anteil dann wieder ab. Im Jahr 1970 auf 33,3% und im Jahr 1974 auf 30,2%. Für diesen Zeitraum von fast 30 Jahren lag also das SPD-Ergebnis immer um die 30%.

Die CSU konnte bei der ersten Landtagswahl 1946 in Bayern die absolute Mehrheit erringen. 1950 ging ihr Stimmenanteil um fast 50% auf 27,4% zurück und lag sogar knapp unter dem Ergebnis der SPD. Seit dieser Landtagswahl konnte die CSU ihren Stimmanteil von Wahl zu Wahl vergrößern, erreichte aber erst im Jahr 1970 wieder die absolute Mehrheit mit einem Ergebnis von 56,4%. 1974 konnte die CSU ihr Ergebnis von 1970 um fast 6% auf 62,1% steigern. 1978 konnte sie trotz des Verlustes von 3% der Stimmen mit 59,1% ihr zweitbestes Ergebnis seit 1946 erzielen.

2. Landtagswahl 1978

2.1. Politische Ausgangslage

1978 ging es bei der Landtagswahl in Bayern nicht um die Frage, wer die stärkste Partei in Bayern werden würde, sondern darum, ob die CSU ihr Ergebnis von 1974 mit 62,1% aller Stimmen wiederholen und in wie weit die Person Franz Josef Strauß den Ausgang dieser Wahl beeinflussen würde. Es ging weiter um die Frage, ob die SPD nach ihren schweren Verlusten von 1974, vor allem in München 1976 durch innerparteiliche Streitigkeiten bei der Bundestagswahl und auch bei den Kommunalwahlen, wieder Fuß fassen kann.

Nach dem geringen Erfolg der Grünen Parteien in Hessen stand das Abschneiden der Grünen in Bayern nicht im Vordergrund.

2.2. Spitzenkandidaten

Nachdem Ministerpräsident Alfons Goppel nicht wieder kandidierte, trat die CSU mit Franz Josef Strauß und die SPD mit Helmut Rothmund als Spitzenkandidaten an.

2.3. Wahlergebnis

Die CSU erhielt mit 59,1% zwar 3% weniger als 1974. Dennoch war es ihr zweitbestes Nachkriegsergebnis. Mit einer Zunahme von 1,2% auf 31,4% verbesserte die SPD ihr Ergebnis gegenüber 1974. Während in allen Wahlkreisen Gewinne verzeichnet werden konnten, verlor die SPD in Oberbayern 0,7%. Die FDP erzielte mit 6,2% ihr bestes Landtagswahlergebnis seit 1958. Sie verbesserte sie ihr Vorwahlergebnis um 1%.

2.4. Analyse 1978

2.4.1. Sozialstruktur

Der Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlergebnis in Bayern war erstaunlich stabil. Die CSU dominiert in Regionen, in denen überdurchschnittlich viele Selbständige wohnen. Die SPD lag in Wohngebieten mit Beamten und Angestellten deutlich über ihren Landesergebnissen. Allerdings war auch hier die CSU Mehrheitspartei.

2.4.2. Hochburgen

In ihren Hochburgen, überwiegend städtische Gebiete mit niedrigem Katholikenanteil und einem hohen Anteil an Beamten und Angestellten, konnte die SPD ihren Stimmenanteil um 2% erhöhen.

2.4.3. Stammwähleranteil

Sowohl die CSU als auch die SPD verfügten über einen Stammwähleranteil von 80% in Bezug auf ihr Gesamtstimmenergebnis. Bei der FDP lag dieser bei 45%.

2.4.4. Jungwähler

Im Vergleich zu 1974, wo sie ein Ergebnis von 59,1% erzielte, hat die CSU bei den Jungwählern deutlich schlechter abgeschnitten. Sie erreichte einen Stimmenanteil von 53%.

Die SPD hingegen konnte ihren Stimmanteil um 3% auf 35,5% steigern.

2.4.5. Arbeiter

45% der Arbeiter in Bayern wählten die SPD, die CSU erreichte hier einen Wert von 50%.

2.4.6. Konfessionen

Bei den katholischen Wählern, die in zu diesem Zeitpunkt Bayern fast 70% der Gesamtwählerschaft ausmachten, wählten ca. 25% die SPD. Bei den (25% in Bezug auf die Gesamtwählerschaft) evangelischen Wählern erzielte die SPD einen Anteil von 45%, bei den 3,5% der Wählergruppe, die keiner Religion zugehörig waren, erzielte sie sogar einen Anteil von 55%.

2.4.7. Allgemeine Aspekte

Befragt nach den Gründen ihrer Wahlentscheidung gaben rund zwei Drittel aller Befragten an, dass es ganz überwiegend die Politiker und nicht parteipolitische Programme waren, die die Wähler bewogen hatten, die eine oder andere Partei zu wählen.

2.5. Zusammenfassung

Anders als Alfons Goppel, der in der vorhergehenden Wahl durchaus gute Bewertungen durch die Anhänger von SPD und FDP erhalten hat, entfachte Franz Josef Strauß starke Sympathien, aber auch starke Antipathien. Letztlich schlug sich das aber im Wahlergebnis nicht nieder (s. 2.3.).

Die Wähler der SPD hatten ein ganz besonderes Gewicht auf die Personen der kandidierenden Politiker gelegt. Das inhaltliche Programm spielte bei der Wahlentscheidung nur eine geringe Rolle.

3. Landtagswahl 1982

3.1. Politische Ausgangslage

Eine Veränderung der politischen Landschaft in Bayern wurde aufgrund der dominierenden Stellung der CSU nicht erwartet. Die CSU entsprach mit ihrem Image, "eine bayerische Partei zu sein", dem überwiegenden Bedürfnis der bayerischen Wähler. Hinsichtlich der Leistungsbeurteilung der CSU-Regierung zeichnete sich in der Bevölkerung ein relativ hoher Wert ab. Selbst bei den SPD-Wählern war die Kritik verhalten.

Die SPD konnte bei dieser Wahl aufgrund des bundespolitischen Einflusses hoffen, dass die zu erwartenden Verluste an die Grünen durch Gewinne potentieller oder ehemaliger CSU und FDP Wähler kompensiert würden. Betrachtete man die Bewertung der SPD als Oppositionspartei vor der Wahl, so glichen sich positive wie negative Werte aus. Die allgemeine Zufriedenheit der SPD-Wähler mit den Leistungen der Opposition war nicht besonders hoch, fiel allerdings im Vergleich zu anderen Bundesländern auch nicht besonders stark ab.

3.2. Spitzenkandidaten

Die CSU ging mit Ministerpräsident Franz Josef Strauß und die SPD mit Helmut Rothemund als jeweilige Spitzenkandidaten in die Landtagswahl.

52% aller Wähler in Bayern wollten Franz Josef Strauß zum Ministerpräsidenten haben. Der SPD- Kandidat Helmut Rothemund erreichte bei dieser Frage einen Wert von nur 13%.

Innerhalb der CSU- Wählerschaft sprachen sich 84% für Franz Josef Strauß als Ministerpräsidenten aus, nur 42% der SPD- Wähler hingegen für Helmut Rothemund. Jeder sechste SPD- Wähler sprach sich sogar direkt für Franz Josef Strauß als Ministerpräsident aus.

3.3. Wahlergebnis

Die CSU erzielte mit 58,3% ein um 0,8% schlechteres Ergebnis als 1978. Die SPD hingegen konnte sich um 0,5% auf 31,9% verbessern. Den größten Zuwachs mit 1,5% konnte die SPD diesmal in Oberbayern verzeichnen. Den größten Verlust mit 1,1% hingegen in Oberfranken.

3.4. Analyse

3.4.1. Verluste an die Grünen

Die SPD musste deutliche Verluste an die Grünen verzeichnen. Dies besonders im Bereich der jüngeren Wähler und Jungwähler.

3.4.2. Hochburgen

Die regionalen Schwerpunkte der SPD lagen bei dieser Wahl in München, Nürnberg und trotz größerer Verluste in Oberfranken.

3.4.3. Konfessionen

Zusammenfassend war festzustellen, dass mit zunehmender Verstärkung die SPD-Affinität innerhalb der Katholiken zunahm. Als gegenläufige Tendenz war erkennbar, dass diese mit steigendem Katholikenanteil absank.

3.4.4. Wohngebiete

In den Wohngebieten mit Angestellten und Beamten schnitt die SPD im Gegensatz zur CSU ganz besonders gut ab. Hier erzielte die SPD Anteile, die deutlich über dem Landesdurchschnitt lagen und konnte auch besonders hohe Zugewinne erzielen. Bei hohen Arbeiteranteilen wies die SPD leichte Verluste auf, während sie bei niedrigen Arbeiteranteilen auf hohe Gewinne kam.

3.4.5. Allgemeine Aspekte

Sowohl die Grünen als auch die FDP scheiterten an der Fünf-Prozent-Hürde. Für die Grünen wurden sowohl die sozialen wie auch kulturellen Strukturen Bayerns als ungünstig eingestuft. Jedoch hatten sie höhere Zuwachsraten als in Hamburg und Niedersachsen. Damit haben sie ein stärkeres Ansteigen der SPD verhindert.

Die FDP litt unter bundespolitischen Aspekten. Fast zwei Drittel der Wähler gaben der FDP die Schuld am Bruch der sozial-liberalen Koalition. Eine relevante Wählerwanderung von SPD zu FDP war aufgrund genannter Aspekte nicht gegeben.

3.5. Zusammenfassung

Die bei den bayerischen Wahlergebnissen bisher schon zugrunde liegenden strukturellen Beziehungen haben sich trotz des Einflusses der Bonner Ereignisse kaum verändert. Bei CSU und SPD hatte der Zusammenhang zwischen

der sozialen Struktur von Wohnbezirken und den Wahlergebnissen zum Teil noch zugenommen. Es zeigte sich, dass potentielle Wechselwähler überwiegend im neuen Mittelstand in den städtischen Wohnbezirken zu finden waren.

Die SPD hatte zum ersten Mal seit der Bundestagswahl 1980 Stimmen hinzugewonnen und ihren bis dahin andauernden negativen Trend in den großstädtischen Wohngebieten gestoppt.

4. Landtagswahl 1986

4.1. Politische Ausgangslage

Die aktuelle politische Situation in Bayern wurde 1986 überwiegend von der im Bau befindlichen Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf bestimmt. Ergänzend dazu zeichneten sich Probleme der CSU mit den Bauern ab. Diese richteten sich gegen die Auswirkungen der EG- Agrarpolitik.

Fraglich war jedoch, ob es der SPD gelingen würde, diese Probleme für Stimmengewinne zu nutzen und ihr anvisiertes Wahlziel von 35% zu erreichen. Problematisch hierbei war die anwachsende Konkurrenz durch die Grünen. Aufgrund der gestiegenen Bedeutung der Umweltprobleme und den andauernden Diskussionen über die WAA konnten sich diese wachsende Chancen auf einen Einzug in den bayerischen Landtag machen. Zudem wurde die SPD in Bayern als nicht mehrheitsfähig betrachtet.

4.2. Spitzenkandidaten

Die Beurteilung des CSU-Kandidaten, Ministerpräsident Franz Josef Strauß fiel im Vergleich zu 1982 deutlich besser aus, und zwar sowohl unter den Anhänger der CSU als auch unter den Wählern von SPD und FDP. Er war bei den bayerischen SPD- Wählern in einem Ausmaß angesehen wie Helmut Schmidt zu seinen besten Zeiten bei den Unionswählern.

Die SPD trat mit einem neuen Gesicht, dem Landtagsabgeordneten Karl-Heinz Hiersemann, an. Er wurde zwar von SPD- und Grünen- Wählern deutlich besser bewertet als sein Vorgänger. Bei den Anhängern der CSU konnte er allerdings keine besseren Werte erreichen.

4.3. Wahlergebnis

Die CSU erreichte mit einem Stimmenverlust von 2,5% ein Gesamtergebnis von 55,8%. Einen noch größeren Verlust musste die SPD verzeichnen. Sie verlor 4,4% und erreichte 27,5%. Dabei verlor sie zehn Direktmandate, sieben in München, drei in Nürnberg und konnte nur zwei, eines in Fürth-Stadt und eines im Stimmkreis Schwandorf, erringen. Die Grünen schafften mit 7,5% erstmals den Einzug in den bayerischen Landtag.

4.4. Analyse

4.4.1. Wohngebiete

Die bemerkenswerteste Verschiebung dieser Wahl zeigte sich im Bereich der Wohnbevölkerung der Angestellten und Beamten. Mit steigendem Anteil des neuen Mittelstandes an der Wohnbevölkerung stiegen die Verluste der SPD drastisch an. Die Gewinne der Grünen hingegen stiegen proportional zu den Verlusten der SPD, gingen also überwiegend zu Lasten der SPD.

4.4.2. Konfessionen

Bei Betrachtung der Konfessionsmerkmale lies sich feststellen, dass mit steigenden Katholikenanteilen auch die Anteile der CSU anstiegen. Der Vorsprung der CSU gegenüber der SPD innerhalb dieser Wählergruppe war mit knapp 36% sehr hoch.

4.4.3. Städtische und ländliche Gebiete

Sowohl in den städtischen wie auch in den ländlichen Gebieten war die CSU bei dieser Wahl mit deutlichem Vorsprung vor der SPD Mehrheitspartei geblieben.

Die SPD hatte in den ländlichen Gebieten bei schwacher Ausgangsposition unterdurchschnittlich verloren, in den städtischen Gebieten hingegen überdurchschnittlich. In diesen Gebieten hatten die Grünen überdurchschnittlich zugelegt.

In den ländlichen Arbeitergebieten hatte die SPD wenig verloren. Anders das Bild in den städtischen Arbeitergebieten. Jedoch waren die Verluste der SPD in den städtischen Arbeiterwohngebieten nicht ganz so hoch wie in den urbanen Wohnvierteln des neuen Mittelstandes.

4.4.4. Hochburgen

Die zehn besten Ergebnisse der SPD entfielen vorwiegend auf städtische Gebiete mit einem hohen Arbeiteranteil und verhältnismäßig wenig Angestellten und Beamten unter der Wohnbevölkerung. Die Katholikenanteile in diesen Wohnvierteln waren gering.

Die Parteihochburgen der CSU erwiesen sich überwiegend ländlich geprägt und zeichneten sich durch einen geringen Anteil an Angestellten und Beamten sowie einen hohen Anteil an Selbständigen und Katholiken aus.

4.4.5. Allgemeine Aspekte

Wie seit 1979 zu beobachten, gab es in allen Bundesländern einen nicht unbeträchtlichen Anteil von Wählern, die sich politisch im Zwischenbereich von SPD und Grünen sahen. Diese Wähler waren weit überdurchschnittlich politisch interessiert und informiert, formal hoch

gebildet und hatten alle Voraussetzungen für taktisches Wahlverhalten. Diese taktischen Wähler waren zwar für beide Parteien, die SPD und Grünen, erreichbar, für die SPD aber nur dann, wenn sie den Eindruck vermitteln konnte, eine realistische Chance der Machtbeteiligung oder der Machtübernahme zu haben.

Die SPD hatte zur CSU keine personale und inhaltliche Alternative zur Lösung anstehender Landesprobleme geboten. Erdrückend hierbei war auch der Kompetenzvorsprung der CSU in den verschiedenen politischen Bereichen (wie Wirtschaft, Kultur, Erziehung und innere Sicherheit).

4.5. Zusammenfassung

Die Verluste der SPD konzentrierten sich beim neuen Mittelstand, also den Teil der Wählerschaft, bei dem die Bindungen an die SPD nicht so stark waren wie in der gewerkschaftlich- industriell geprägten Arbeiterschaft.

Eine weitere Herausforderung boten die Grünen. Solange die SPD dieselben Probleme thematisierte wie die Grünen, ohne andere Antworten zu finden, fiel ihr die Abgrenzung zu den Grünen zunehmend schwer. Wenn dann auch noch die Mehrheitsfähigkeit zweifelhaft war, wurden die potentiellen Wähler der Grünen und der SPD nur wenig davon abhalten, direkt die Grünen zu wählen.

5. Landtagswahl 1990

5.1. Politische Ausgangslage

Die dominierende Position der CSU, die sich selbst gerne als bayerische Staats- und Ordnungspartei verstand, schien durch das Aufkommen der Republikaner im Frühjahr 1989 beeinträchtigt. Umfrageergebnisse hatten eindeutig gezeigt, dass die Republikaner, die schon bei der Landtagswahl 1986 3% erzielt hatten, zwei Drittel ihrer Stimmen von früheren CSU- Wählern er-

hielten. Das politische Erscheinungsbild der CSU war seit 1961 durch Franz Josef Strauß geprägt. Der Tod von Franz Josef Strauß im Jahr 1988 hat das Erscheinungsbild der CSU nachhaltig verändert. Nachfolger von Strauß wurde der langjährige Minister Max Streibl.

Die Zufriedenheit mit der bayerischen Staatsregierung fiel sehr gut aus und lag erheblich höher als die Zufriedenheit mit der SPD in der Opposition. Die in Bayern traditionell schwache SPD konnte nach den Erfolgen bei der Kommunalwahl auf eine Verbesserung ihres Ergebnisses hoffen. In den Umfragen vor der Wahl zeichnete sich jedoch eine Verschlechterung des Stimmungsbildes zu Lasten der SPD ab. Dies entsprach auch dem bundespolitischen Stimmungsbild.

Aufgrund der Gewichtung umweltpolitischer Themen konnte davon ausgegangen werden, dass die Grünen erneut den Einzug in den bayerischen Landtag schaffen würden.

5.2. Spitzenkandidaten

Entgegen der weitverbreiteten Meinung, dass der Personeneinfluss sich am stärksten auf der Bundesebene durchsetzt, wies die Wahlforschung nach, dass Spitzenkandidaten auf Landesebene die größeren Chancen haben, über ihre Ausstrahlung oder aber auch über bestimmte Problemkonstellationen, für deren Lösung sie stehen, Einfluss auf das Wählerverhalten zu nehmen. Ein besonders beeindruckendes Beispiel für positive Auswirkungen auf das Wahlergebnis einer Partei durch den Spitzenkandidaten war 1990 Max Streibl. Dieser hatte das perfektste Image eines Landesvaters, das bei Landtagswahlen bisher gemessen wurde. Die Hälfte der SPD- Wähler, fast die Hälfte der Grünen, über 80% der FDP- Wähler und zwei Drittel der Wähler der Republikaner wollten Max Streibl als Ministerpräsidenten. Für den SPD- Kandidaten Karl-Heinz Hiersemann galt, dass dieser bereits 1986 sehr stark im Schatten des damaligen Ministerpräsidenten Strauß stand. Auch in der kurzen, zweijährigen Amtszeit von Max Streibl war es Hiersemann nicht gelungen, seine schwache Position zu verbessern.

5.3. Wahlergebnis

Sowohl CSU, SPD wie auch die Grünen mussten Verluste hinnehmen. So verbuchte die CSU mit 54,9% einen Verlust von 0,9%. Die SPD erreichte bei einem Verlust von 1,5% gerade einmal 26% der Stimmen Die Verluste bei den Grünen beliefen sich auf 1,1% und landeten damit bei 6,4%. Großer Gewinner der Wahl mit 5,2% und damit einem Zuwachs von 1,4% war die FDP, die mit diesem Ergebnis den Einzug in den bayerischen Landtag schaffte. Den umfangreichsten Stimmenzuwachs von 1,9% konnten jedoch die Republikaner verzeichnen, die mit 4,9% nur knapp den Einzug in den bayerischen Landtag verfehlten.

5.4. Analyse

5.4.1. Städtische und ländliche Gebiete

In Gebieten mit niedriger Bevölkerungsdichte hatte die CSU ihr Ergebnis auf hohem Niveau gehalten, teilweise sogar leicht verbessert. Die SPD hingegen hatte in den ländlichen Gebieten, wo sie bereits vor der Wahl schwach vertreten war, mehr verloren als in Gemeinden mittlerer Größe oder in den Gebieten mit höchster Verdichtung. Die Grünen hatten den stärksten Verlust in städtischen Gebieten. Hier büßten sie knapp 20% ihrer bisherigen Stärke ein.

5.4.2. Hochburgen

Die Hochburgen der CSU waren ländlich geprägt. Sie wiesen einen überdurchschnittlichen hohen Anteil an Arbeitern wie auch an (ländlichen) Selbständigen auf und einen unterdurchschnittlichen Anteil an Angestellten. Die Hochburgen der CSU waren gleichzeitig Hochburgen des Katholizismus.

Die Hochburgen der SPD wiesen zwei unterschiedliche Typen auf. Die meisten Hochburgen lagen in den städtischen Gebieten. Weitere Hoch-

burgen fanden sich in kleinen bis mittleren Städten, wo die Katholikenanteile sehr gering waren. In den Hochburgen der SPD waren Arbeiter knapp durchschnittlich vertreten und Angestellte überrepräsentiert. Der Katholikenanteil lag hier bei immerhin 50%.

5.4.3. Wählergruppen

Die CSU war in allen Berufsgruppen mehr oder weniger gleich repräsentiert, im Gegensatz zur SPD aber deutlich überrepräsentiert bei den Landwirten.

Innerhalb der SPD- Wählerschaft waren die Arbeiter und Angestellten überrepräsentiert. Unter den katholischen Wählern war auch diesmal wieder eine größere CSU-Affinität festzustellen als zugunsten der SPD.

Unter den Wählern der Grünen dominierten Angestellte, Beamte und Selbständige.

Bei den Wählern der FDP waren es Angestellte und Selbständige.

5.4.4. Allgemeine Aspekte

Die Hauptursache für das Scheitern der SPD lag im ökonomischen Sicherheitsdenken großer Teile der Wähler in Bayern. Wer bayerische Interessen am besten vertrat, war für drei Viertel der Bevölkerung sowieso klar: Die CSU- Staatsregierung. Selbst bei den eigenen Wählern spielte die SPD hier keine große Rolle.

Die SPD in Bayern stand völlig im Schatten der regierenden CSU. Sie konnte in den Augen der Wähler weder eine personelle Alternative, noch eine politisch inhaltliche Alternative bieten. Während die Verluste der SPD 1986 hauptsächlich an die Grünen gingen und insgesamt das linke Lager nur wenig geschwächt aus der Wahl hervorging, verteilten sich die Verluste der SPD jetzt auf das gesamte Parteienspektrum.

5.5. Zusammenfassung

Die wirtschaftliche Situation in Bayern wurde von den bayerischen Wählern als besser eingeschätzt als in jedem anderen Bundesland. Die Zukunftsaussichten wurden als positiv bewertet. Als Garant für eine sichere positive ökonomische Entwicklung stand die bayerische Staatsregierung. Durch den Nichteinzug der Republikaner erhielt die CSU erneut die Chance, sich um die rechten Protestwähler zu kümmern.

Ermüdungserscheinungen der seit 28 Jahren regierenden CSU waren in keiner Weise erkennbar. Die Bayern identifizierten sich immer stärker mit ihrer Staatsregierung, die CSU kann diese bayerische Identität auf sich konzentrieren.

Die bayerische SPD stand völlig im Schatten der CSU. Sie hatte weder personell, inhaltlich noch politisch eine Alternative geboten und war zwischenzeitlich auf eine Größenordnung geschrumpft, die zukünftig eine effektive Oppositionsarbeit sehr schwer durchführbar machen würde. Die SPD in Bayern wurde als eine Partei ohne Profil betrachtet. Sie hielt zu diesem Zeitpunkt nur noch die Wähler, die dem engsten Kernbereich der SPD angehörten. Es gab nur eine einzige sozialstrukturelle Gruppe, in der sie die Mehrheit besitzt, nämlich bei den gewerkschaftlich gebundenen Arbeitern.

Die Grünen hatte sich der Wähler aufgrund ihrer umweltpolitischen Positionierung erneut in den Landtag gewünscht. Allerdings mussten auch diese aufgrund der fehlenden Machtoption Abstriche verzeichnen.

Begünstigt durch die politische Großwetterlage war es der FDP, ohne große Ausstrahlung der Landespartei und ohne bekannte Politiker, gelungen, in den bayerischen Landtag einzuziehen.

6. Landtagswahl 1994

6.1. Politische Ausgangslage

Im Gegensatz zur Wahl von 1990 spielte nicht der Umweltschutz mit 18% die größte Rolle vor der Wahl, sondern die Arbeitslosigkeit; diese wurde mit 46% als das wichtigste politische Problem in Bayern bewertet. Gleichzeitig wurde die ökonomische Situation in Bayern von 36% der Wähler als gut eingeschätzt, 52% bezeichneten sie als durchschnittlich und nur ein Anteil von 11% bewertete die wirtschaftliche Lage als schlecht.

Bezüglich der Wirtschaftskompetenz wurde der CSU- Regierung mit 41% ein deutlich höherer Wert zugesprochen, als einer SPD- geführten Regierung (9%). Im Gesamten war ein Kompetenzvorsprung der CSU - ausgenommen Umweltschutz und Wohnungsbau - zu verzeichnen.

6.2. Spitzenkandidaten

Für die CSU trat der Nachfolger des 1993 zurückgetretenen Ministerpräsidenten Max Streibl, Edmund Stoiber, als Spitzenkandidat an. Für die SPD ging die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Renate Schmidt, als Spitzenkandidatin ins Rennen.

Bei der Frage, wer von den Wählern eine höhere Präferenz für das Amt des Ministerpräsidenten erhielt, entfielen auf Edmund Stoiber 54% und auf Renate Schmidt der beachtliche Wert von 38%. Renate Schmidt erhielt selbst aus dem gegnerischen Lager eine recht positive Bewertung.

Die Zustimmung für Schmidt innerhalb der eigenen Reihen lag bei 78%. Aus dem CSU- Lager erhielt sie einen Zuspruch von 11%. Bei Edmund Stoiber sprachen sich 83% der CSU- Anhänger und 19% der SPD- Anhänger für ihn aus.

6.3. Wahlergebnis

Mit 52,8% musste die CSU einen Verlust von 2,1% verzeichnen. Die SPD hingegen konnte einen Gewinn von 4,1% auf 30% verzeichnen. Leichte Verluste mit 0,3% mussten die Grünen verzeichnen und erreichten so 6,1%. Die FDP hingegen verpasste diesmal mit 2,8% den Einzug in den bayerischen Landtag, ebenso wie die Republikaner, die 3,9% der Stimmen erzielten. Die SPD konnte in allen Stimmkreisen Gewinne verbuchen: Den höchsten mit 6,4% in Mittelfranken (Gesamtergebnis 38,2%), den geringsten mit 2,3% in Niederbayern.

6.4. Analyse

6.4.1. Parteibindungen

Aufgrund des bisherigen Wahlverhaltens der Bundesbürger bei Bundes- und Landtagswahlen war bekannt, dass der überwiegende Teil der Wähler bisher dieselbe Partei wählte. In der Regel galt dies besonders für die Wählerschaft der SPD und Unionsparteien. In den letzten Jahren wurde jedoch erkennbar, dass das Potential wechselnder Wähler aus einer Reihe von Gründen zunahm.

6.4.2. Geschlecht

Die CSU hatte bei den männlichen Wählern im Ergebnis besser abgeschnitten als bei den weiblichen. Genau umgekehrt war dies bei der SPD. Daraus war zu entnehmen, dass die Nominierung einer Frau als Spitzenkandidatin der SPD bei den weiblichen Wählern Vorteile gebracht hat.

6.4.3. Alter

Die CSU zeigte sich in allen Altersgruppen als die dominierende Partei. Ganz besonders fand sie jedoch in den älteren Wählergruppen An-

klang. Allerdings war sie in der Altersgruppe der 18- bis 24- jährigen mit 48% fast genauso erfolgreich wie im Landesdurchschnitt. Hier war eine deutliche Verbesserung zu den Ergebnissen der vergangenen Wahlen zu verzeichnen.

Umgekehrt das Bild der SPD. Sie hatte bei den jüngeren und Jungwählern schlechter abgeschnitten, ebenso wie in der Altersgruppe der ab 60- jährigen.

Die Grünen schnitten bei den jüngeren Wählern in der Tendenz sehr viel besser ab als bei den älteren.

6.4.4. Berufsgruppen

Die CSU war bei allen Berufsgruppen klar führend. Besonders hohe Anteile erzielte sie bei den Selbständigen und den Landwirten. Leicht unterdurchschnittliche Stimmanteile wurden bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten erzielt. Allerdings erzielte die CSU auch bei den Arbeitern Ergebnisse, die sie klar als stärkste Partei auswiesen.

Anders das Bild bei der SPD. Diese erhielt sowohl bei den Arbeitern sowie den Angestellten und Beamten nur leicht überdurchschnittliche Stimmanteile. Bei den Landwirten erreichte sie hingegen nur einen Anteil von 9%, bei den Selbständigen 17%.

Die Grünen konnten ihren größten Rückhalt bei den Angestellten, Selbständigen und Beamten verzeichnen.

6.4.5. Gewerkschaftszugehörigkeit

Bereits vorangegangene Wahlanalysen hatten gezeigt, dass die Affinität zur SPD durch eine Gewerkschaftsmitgliedschaft verstärkt wurde. So schnitt auch dieses mal die CSU mit 39% bei den Gewerkschaftsmitgliedern deutlich schlechter ab als die SPD mit 47%.

6.4.6. Konfessionen

Die CSU erhielt von den Katholiken 60,5% der Stimmen, bei den Protestanten kam sie auf 39,8%.

Die SPD war bei den Protestanten (41,8%) wie auch bei den konfessionslosen (41,8) stärkste Partei. Bei den Katholiken, die mit einem Anteil von 62% an den Wählern den stärksten Anteil bildeten, war sie mit 23,8% relativ schwach.

6.4.7. Städtische und ländliche Gebiete

Die unterschiedlichen sozialstrukturellen Schwerpunkte der verschiedenen Parteien wurden auch bei einer Betrachtung der bayerischen Stimmkreise deutlich. Gebiete mit niedriger Bevölkerungsdichte standen dabei für ländlich geprägte Gebiete mit ruralem Charakter, einem hohen Landwirteanteil und einer geringen Industrialisierung. Auch der Katholikenanteil war, wie schon erwähnt, in diesen Teilen sehr hoch. Urban geprägte Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte waren durch ihren industriellen Charakter und einem überdurchschnittlichen Arbeiter- und Angestelltenanteil geprägt.

Erneut schnitt die CSU wieder um so besser ab je niedriger die Bevölkerungsdichte ausfiel. In Regionen mit niedriger Bevölkerungsdichte erreichte sie 57,9% der gültigen Stimmen. Hingegen schnitt sie in den Gebieten mit einer hohen Bevölkerungsdichte bei einem Verlust von 12% und einem Gesamtergebnis von 45,5% unterdurchschnittlich ab.

Ebenso ergab sich erneut ein genau spiegelbildliches Bild für die SPD. In den Gebieten mit niedriger Bevölkerung erzielte sie lediglich 26,1% und in den dichtbesiedelten Gebieten hingegen 36,2%. Dies unterstrich ganz besonders die geradezu gegensätzlichen sozialstrukturellen Verankerungen von CSU und SPD.

Die Grünen wiesen ein mit der SPD vergleichbares Muster auf.

6.4.8. Hochburgen

Im Gegensatz zur CSU erzielte die SPD in München, Fürth und Nürnberg weit über ihrem Landesdurchschnitt liegende Resultate. Weitere SPD-Hochburgen waren Coburg, Schwandorf und Hof und. Bemerkenswert war, dass die Hälfte der SPD-Hochburgen in dünnbesiedelte Regionen fielen und; mit Ausnahmen, von Schwandorf und München-Moosach, zudem einen extrem niedrigen Katholikenanteil aufwiesen. Die SPD konnte in allen Regionen nahezu gleichermaßen Stimmen dazugewinnen, am erfolgreichsten war sie dabei in den Schwerpunkten der Grünen. In Abhängigkeit von der Ausgangsstärke war sie allerdings in den CSU- Hochburgen am erfolgreichsten.

Für die CSU ließen sich folgende Hochburgen definieren: Rhön- Grabe-feld, Neumarkt i.d.Opf., Garmisch- Partenkirchen, Mühldorf am Inn und Pfaffenhofen a.d. Ilm. Alle CSU- Hochburgen lagen in Stimmkreisen mit extrem niedriger Bevölkerungsdichte und einem überaus hohen Katholikenanteil.

Der größte Teil der Grünen- Hochburgen befand sich in München.

6.5. Zusammenfassung

Der CSU-Staatsregierung wurden bei den relevanten Themen überwiegend deutlich höhere Kompetenz zugesprochen als der SPD. Trotz der Belastung aus den verschiedenen Affären konnte die CSU ihre Mehrheit verteidigen, da sie ihre Rolle als bayerische Staatspartei erneut in den Vordergrund stellen konnte; und es ihr auch gelang, die traditionellen Parteibindungen auf dem Land wieder zu aktivieren.

Das Ergebnis der SPD wurde von der sehr positiven Wahrnehmung der Spitzenkandidatin beeinflusst. Die Gewinne, die die bayerische SPD erzielen konnte, sind deshalb im hohem Maße der Spitzenkandidatin zuzuschreiben.

7. Landtagswahl 1998

7.1. Politische Ausgangslage

Vor der Wahl bezeichnen 44% der Menschen in Bayern die allgemeine Wirtschaftslage als gut, 43% bewerteten diese als durchschnittlich und nur 13% als schlecht. Sehr viel besser als im Bundesdurchschnitt bewerteten die Bayern auch die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten. So waren 40% der Meinung, dass es zukünftig mit der bayerischen Wirtschaft aufwärts geht, 42% erwarteten keine gravierenden Änderungen und nur 14% waren der Meinung, dass sich die bayerische Wirtschaft in einer andauernden Abwärtsphase befindet.

Diese positive Beurteilung der ökonomischen Situation kam der CSU deutlich zugute. So waren 50% der Bayern der Meinung, dass am ehesten die CSU die wirtschaftlichen Probleme lösen könne. Der SPD hingegen trauten dies nur 16% zu. 15% waren der Meinung, dass diese keine Partei lösen kann.

Auch bei der Fragestellung, wem die höchste Kompetenz bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze zugetraut wurde, lag die CSU mit 41% weit vor der SPD mit 25%. Im Bund hingegen führte die SPD in dieser Frage mit 32% gegenüber 20% für die Unionsparteien.

Bei der Lösung der Finanzprobleme des Freistaates sprachen der CSU 47% und der SPD 17% der Wähler eine Lösungskompetenz zu.

Auch bei fast allen anderen Sachgebieten wurde der regierenden CSU eine größerer Lösungskompetenz zugesprochen als der SPD.

7.2. Spitzenkandidaten

In die Landtagswahl 1998 ging die CSU mit ihrem amtierenden Ministerpräsidenten, Edmund Stoiber. Für die SPD ging erneut Renate Schmidt als Spitzenkandidatin ins Rennen.

Am Ende der ersten Amtszeit von Edmund Stoiber waren 81% der Bayern der Meinung, dass er als Ministerpräsident seine Sache eher gut gemacht hatte. Nur 12% der Bayern bewerteten seine Arbeit negativ. Unter den CSU-Anhängern bewerteten 94% die Arbeit des Ministerpräsidenten positiv. Auch unter den Anhängern der SPD mit 75% und der Grünen mit 70% erreichte Edmund Stoiber beachtlich positive Werte.

Diese hohe Zufriedenheit schlug sich auch in der Frage, wer gewünschter Ministerpräsident sein sollte, nieder. So sprachen sich 63% der Bayern für den amtierenden Amtsinhaber aus und nur 30% für Renate Schmidt. Auch innerhalb der SPD-Anhänger sprachen sich 25% für Edmund Stoiber und 72% für Renate Schmidt aus. Demzufolge hatte Renate Schmidt (1994 78%), in den eigenen Reihen an Unterstützung verloren.

Edmund Stoiber wurde von den Bayern sehr viel häufiger als Siegertyp bezeichnet als Renate Schmidt.

7.3. Wahlergebnis

Mit 0,1% konnte die CSU einen minimalen Gewinn verbuchen und erreichte 52,9%. Die SPD hingegen musste einen Verlust von 1,3% verzeichnen und erreichte 28,7%. Auch die Grünen hatten mit einem Ergebnis von 5,7% einen Verlust von 0,4% zu verkraften. Alle anderen Parteien scheitern an der 5%-Hürde.

Die CSU war in Niederbayern mit 55,8% am erfolgreichsten. Den geringsten Stimmanteil erhielt sie mit 46,7% in Mittelfranken. Den größten Verlust mit 2,5% in Oberfranken.

Die SPD erzielte ihre besten Ergebnisse in den Regierungsbezirken Mittelfranken (38,0%), sowie in Oberfranken (36,1%). Ihr schwächstes Ergebnis musste sie in Schwaben (24,5%) verzeichnen. Den größten Verlust hingegen hatte die SPD mit 2,6% in Oberbayern.

Die Grünen hatten mit 7,2% ihren höchsten Anteil in Oberbayern. In Niederbayern (3,9%) und der Oberpfalz (3,8%) lagen sie jedoch deutlich unter der Fünf- Prozent- Marke.

7.4. Analyse

7.4.1. Geschlecht

Die CSU hatte bei den Frauen 54% Zustimmung erhalten, bei den Männern mit 51% etwas weniger. Umgekehrt war es bei der SPD, die bei den Frauen 28% erreichte, bei den Männern hingegen 30%. Bei den Grünen waren keine nennenswerten geschlechterspezifischen Differenzen zu erkennen.

7.4.2. Alter

Bei der Betrachtung der Altersgruppen zeigten sich deutlichere Unterschiede auf.

Die CSU lag bei den 18- bis 24- jährigen, den 25- bis 34- jährigen und auch bei den 35- bis 44- jährigen mit jeweils 46% unter ihrem Landesergebnis. In der Altersgruppe der 45- bis 59 jährigen erreichte sie ihr Landesergebnis. In der Gruppe der über 60- jährigen konnte sie 62% erzielen.

Hingegen war bei der SPD kaum ein nennenswerter Unterschied zwischen den verschiedenen Altersgruppen zu verzeichnen. Eine Ausnahme bildet die Altersgruppe der 18- 24- jährigen. Hier konnte die SPD gerade einmal 21% der Stimmen erzielen.

In der Altersgruppe der 18-.24 jährigen waren die Grünen besonders erfolgreich. Hier erreichten sie Stimmanteile von 13%. In der Altersgruppe ab 60 Jahren hingegen konnten sie gerade einmal 2% der Stimmen für sich beanspruchen.

7.4.3. Berufsgruppen

Die CSU war weiterhin in allen Berufsgruppen die dominierende Partei. Wie schon festgestellt, war dies gerade in Bezug auf die Arbeiterschaft bemerkenswert, da diese grundsätzlich zur SPD tendierte. Bei den Arbeitern erzielte die CSU 46%. Bei den Angestellten und Beamten 51%. Mit 58% bei den Selbständigen und 80% bei den Landwirten lag die CSU in dieser Klientel überdurchschnittlich über ihren Landeswerten.

Mit 36% war die Berufsgruppe der Arbeiter für die SPD die stimmenrelevanteste Gruppe. Allerdings war die SPD auch bei den Angestellten und Beamten leicht überdurchschnittlich erfolgreich. Hingegen spielten die Selbständigen wie auch die Landwirte für das Ergebnis der SPD keine besondere Rolle. Die Relevanz der Arbeiterschaft für die SPD zeigte sich in der umgekehrten Prozentuierung. So bildete der Anteil der Arbeiter unter den Wählern in Bayern gerade 23%. Die SPD zog 29% ihrer Anhängerschaft aus dieser Wählergruppe, die CSU hingegen nur 20%. Die bedeutendste Relevanz besaß diese Gruppe jedoch für die Republikaner, die 43% ihrer Wähler aus dieser Gruppe ziehen konnten.

7.4.4. Konfessionen

Wie bei den vorhergehenden Wahlen spielte neben der Berufsgruppenzugehörigkeit bei Wahlentscheidungen vor allem die konfessionelle Bindung eine wichtige Rolle. Im Gegensatz zur Berufsstruktur war in den vergangenen Jahrzehnten die Konfessionsstruktur einer weniger gravierenden Veränderung unterworfen. Mit einem Katholikenanteil von 66% wies Bayern mit Ausnahme des Saarlandes den höchsten Bundesdurchschnitt auf.

Die CSU kam bei den Katholiken, die in Bayern fast zwei Drittel der Wählerschaft umfassen, auf 58% der Stimmen. Die SPD konnte hier

nur 25% erreichen, die Grünen lagen sogar unter der Fünf- Prozent-Marke.

7.4.5. Städtische und ländliche Gebiete

Nach wie vor war auch für diese Wahl festzustellen, dass die CSU um so erfolgreicher war, je geringer die Bevölkerungsdichte ausfiel. Allerdings wurde auch erkennbar, dass sich die Unterschiede im Vergleich zu 1994 deutlich nivelliert hatten. Ansatzweise war eine Auflösung sozialkulturell geprägter Milieus erkennbar, die sich in unterschiedlichem Wahlverhalten niederschlug.

Konkret erreichte die CSU in den ländlichen Regionen 56,6% und in Stimmkreisen mit durchschnittlicher Bevölkerungsdichte erzielte sie 53%. In den städtisch geprägten Regionen erzielte sie 48% ein Ergebnis, das deutlich unter ihrem Landesergebnis blieb.

Der Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdichte und Wahlverhalten zeigte sich auch wieder bei Betrachtung der SPD- Ergebnisse, die um so höher ausfielen, je dichter die Stimmkreise besiedelt waren. Die SPD erzielte in städtisch geprägten Regionen 33,6% der gültigen Stimmen, in Gebieten mit durchschnittlicher Bevölkerungsdichte erreichte sie 28,1% und in den dünn besiedelten Gebieten nur 25,7%. Allerdings war für die SPD auch festzuhalten, dass sich eine Angleichung in den Wahlergebnissen in den verschiedenen stark besiedelten Regionen vollzog. Denn die SPD hatte ihre höchsten Verluste mit 2,6% in den dicht besiedelten Gebieten, in Regionen mit niedriger Bevölkerungsdichte verlor sie nur 0,5%.

7.5. Zusammenfassung

Die erhobenen Daten zeigten, dass die Bayern trotz des nahen Zeitpunktes der Bundestagswahl eindeutig zwischen Landes- und Bundesebene unterschieden. Die CSU wurde in ihren Leistungen in der bayerischen Staatsregie-

rung eine sehr gute Arbeit bescheinigt. Die Beurteilung ihres Beitrages innerhalb der Bundesregierung erfuhr eine eher bescheidene Bewertung.

Wie auch in den vorhergehenden Wahlen boten die sozialen Strukturen Bayerns für die CSU klare Vorteile, die durch die starke Stellung der Partei in allen gesellschaftlichen Gruppen noch verstärkt wurde. Die begrenzten Möglichkeiten der SPD im Freistaat wurden bei dieser Wahl erneut besonders deutlich.

Ein weiterer Faktor für die CSU war zweifellos ihre aus Sicht der Befragten hohe Sachkompetenz. Bei allen wichtigen politischen Themen trauten die Wähler sehr viel häufiger der CSU als der SPD die Lösung zu.

Auch konnte der amtierende Ministerpräsident der CSU und Spitzenkandidat Edmund Stoiber eine außerordentlich gute Bewertung verzeichnen. Sogar 75% der SPD-Anhänger bescheinigten ihm gute Noten und darüber hinaus sprachen sich auch bei den SPD-Anhängern 25% direkt für ihn als Ministerpräsidenten aus.

8. Landtagswahl 2003

8.1. Politische Ausgangslage

Die Regierungspartei bot der Opposition abgesehen von einigen Affären nur wenig Angriffsfläche. Während des Wahlkampfes rückte die Debatte über eine mögliche Zweidrittelmehrheit der CSU in den Mittelpunkt. Die CSU setzte sich Anfangs deutlich gegen die überaus positiven Umfrageergebnisse zur Wehr. Die anderen Parteien hingegen beklagten einmütig den drohenden Verlust parlamentarischer Kontrollmöglichkeiten.

Darüber hinaus waren rein landesspezifische Themen faktisch nicht vorhanden und die Agenda der wichtigsten Probleme unterschied sich nur unwesentlich vom Bund. Größte Sorgen machten sich die Wähler in Bezug der ho-

hen Arbeitslosigkeit und der schlechten Wirtschaftslage. Jedoch wurde die Situation weit weniger drastisch eingestuft als in den anderen Bundesländern.

Die CSU hatte in Bayern faktisch keinen ernst zu nehmenden Gegner. Für ihre Politik verteilten die Bürger gute bis sehr gute Noten.

8.2. Spitzenkandidaten

Die CSU ging mit Edmund Stoiber ins Rennen. Dieser genoss durch seine langjährige Funktion als Ministerpräsident, CSU- Parteivorsitzender und als ehemaliger Kanzlerkandidat einen außerordentlich hohen Bekanntheitsgrad.

Als SPD-Herausforderer trat Franz Maget an, der als neuer Kandidat naturgemäß einen eingeschränkten Bekanntheitsgrad hatte. So konnten 1998 52% ohne zusätzliche Informationen Renate Schmidt als SPD- Kandidatin benennen, während Franz Maget in dieser Frage nur einen Wert von 44% erreichte. Auch bei den SPD- Anhängern konnten ihn nur 54% als Spitzenkandidaten benennen.

Im direkten Vergleich, wer als Ministerpräsident gewünscht wurde, konnte der amtierende Ministerpräsident Stoiber einen Wert 55% bei den wahlberechtigten Bürgern erzielen. Sein Herausforderer Franz Maget erreichte in dieser Frage einen Wert von nur 16%.

Hinsichtlich der Leistungsbilanz konnte Stoiber außerordentlich gute Werte verzeichnen. So bewerteten 80% der befragten Wähler die Arbeit des Ministerpräsidenten mit gut und nur 15% als schlecht. In den Reihen der CSU erreichte er einen Wert von 97%. Auch 58% der SPD- Anhänger attestierten dem Ministerpräsidenten in dieser Frage die Note gut.

8.3. Wahlergebnis

Mit einem Zugewinn von 7,8% erzielte die CSU ein Wahlergebnis von 60,7% und erhielt damit zum ersten Mal die vor der Wahl prognostizierte Zweidrit-

telmehrheit. Die SPD hingegen verlor ein Drittel ihrer Wähler (9,1%) und erzielte ein Ergebnis von 19,6%. Neben der CSU konnten auch die Grünen einen Stimmenzuwachs erzielen. So erreichten sie ein Gesamtergebnis von 7,7% (Zuwachs 2%). Die FDP hingegen verpasste erneut den Einzug in den Bayerischen Landtag.

8.4. Analyse

8.4.1. Geschlecht

Auch bei dieser Wahl zeigten sich nur geringe geschlechterspezifische Differenzen im Wahlverhalten. Die CSU erzielte bei den Männern 60%, bei den Frauen 61%, die SPD bei den Wählerinnen 21% und bei den Männern 19%. Bei den Grünen verhielt sich das Verhältnis 9% bei den Frauen und 7% bei den Männern.

8.4.2. Alter

Bei dieser Landtagswahl wurde die CSU durchgehend in allen Altersgruppen stärkste politische Kraft und wies gegenüber der SPD einen Vorsprung von 40% bis 45% auf. Das niedrigste Gesamtergebnis (57%) erzielte sie in der Altersgruppe der 30- bis 44- jährigen. Ihr bestes Gesamtergebnis erhielt sie bei der Altersgruppe der über 60- jährigen mit 65%, während die SPD hier nur 25% erhielt.

Die Grünen konnten in allen Altersgruppen hinzugewinnen. Am erfolgreichsten waren sie in der jungen Wählerschaft. In der Wählergruppe im mittleren Altersbereich lagen sie genau im Durchschnitt und bei den über 60- jährigen wurde erwartungsgemäß ein unterdurchschnittliches Ergebnis erzielt.

8.4.3. Bildung

Die CSU konnte in allen Bildungsgruppen mit großem Abstand stärkste Partei werden. Bei den Wählern mit einer nicht so umfassenden Bildung erzielte sie überdurchschnittliche Werte. In der Gruppe der Wähler mit einem Hauptschulabschluss waren es 67%, in der Gruppe mit Mittlerer Reife 61%. Die Wähler mit Hochschulreife entschieden sich zur Hälfte für die CSU.

Die SPD erreichte in allen Bildungsschichten ein Ergebnis zwischen 19% und 21%: Bei Wählern mit Hauptschulabschluss 20%, Mittlerer Reife 19%, Hochschulreife 21% und mit einem Hochschulabschluss 19%.

Die Grünen konnten in der Gruppe mit einem Hochschulabschluss einen überdurchschnittlichen Wert von 18% verzeichnen, in der Gruppe mit Hochschulreife 14%. Nur bei den Wählern mit Hauptschulabschluss lagen sie mit 3% deutlich unter ihrem Ergebnis.

8.4.4. Berufsstruktur

Analog zur Entwicklung in Deutschland ging auch in Bayern der Anteil der Arbeiter kontinuierlich zurück, während sich gleichzeitig die Gruppe der Angestellten vergrößerte.

8.4.5. Berufsgruppen

Die CSU konnte in der Gruppe der Arbeiter einen deutlichen Zuwachs (16%) erzielen; mit einem Stimmanteil von 62% lag sie damit innerhalb dieser Berufsgruppe leicht über ihrem Gesamtniveau. In der Berufsgruppe der Angestellten erreichte die CSU ein Ergebnis von 59%, unterdurchschnittlich (52%) schnitt die CSU bei der Gruppe der Beamten ab. Mit 64% bei den Selbständigen lag die CSU in dieser Berufsgruppe über ihrem Gesamtstimmenergebnis. Bei den Landwirten, die 3% der

Gesamtwählerschaft ausmachen, erzielte die CSU einen Wert von 93%.

Der SPD gelang es, mit 22% Stimmanteil in der Berufsgruppe der Arbeiter über ihrem Gesamtniveau zu bleiben, allerdings bedeutete dieses Ergebnis auch gleichzeitig einen Verlust von 14%. Einen durchschnittlichen Wert erreichte die SPD bei den Angestellten, was einen Verlust von 10% bedeutete. Bei den Beamten waren die Verluste der SPD unterdurchschnittlich, sie erreichte 24%. Bei den Selbständigen belief sich der Verlust der SPD auf 5% und erzielte damit ein Ergebnis in dieser Berufsgruppe von 14%. Die Berufsgruppe der Landwirte war für die SPD völlig irrelevant in Bezug auf ihr Gesamtergebnis.

8.4.6. Gewerkschaftszugehörigkeit

In der Vergangenheit zeigte sich eine relativ hohe Affinität der Gewerkschaftsmitglieder zur SPD. Bei der Landtagswahl 2003 war jedoch ein Absinken des Anteils der Wähler mit Gewerkschaftsangehörigkeit zu verzeichnen. Auch sank die Quote der Gewerkschaftsmitglieder insgesamt.

Im Ergebnis erreichte die CSU bei den gewerkschaftlich organisierten Wählern ein Resultat von 48%. Die SPD lag mit 33% deutlich über ihrem Gesamtergebnis, musste aber Verluste von 10% hinnehmen. Die Grünen lagen mit 6% unter ihrem Gesamtniveau.

Bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern musste die SPD einen Verlust von 14% verkraften und erreichte in dieser Gruppe ebenso ein Ergebnis von 33%. Die CSU konnte in dieser Gruppierung einen Zuwachs von 15% verbuchen und erreichte hier genau die Hälfte aller Stimmen.

Bei den gewerkschaftlich organisierten Angestellten kam die CSU auf 44% und die SPD auf 36%. Somit hatte die SPD auch in dieser Gruppe

wie bei allen anderen gewerkschaftlich gebundenen Wählern, die Mehrheit einbüßen müssen.

8.4.7. Konfessionen

In der Vergangenheit zeigten sich in den alten Bundesländern die konfessionell bedingten Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten in einer starken Affinität der Katholiken zu den Unionsparteien. Im Verhältnis wählten überproportional viele katholische Wähler CDU oder CSU. Mit der Häufigkeit des Kirchgangs wurde dieser Effekt noch gesteigert. Die CSU konnte bei den bayerischen Katholiken einen Zuwachs von 8% verzeichnen und erzielte ein Gesamtergebnis von 66% innerhalb dieser Wählergruppe. Innerhalb der Gruppe mit evangelischem Glauben lag die CSU immerhin noch bei 54%.

Die SPD konnte in der Gruppe der Katholiken gerade einmal ein Ergebnis von 15% erreichen, was einen Verlust von 9% bedeutete. Bei den evangelischen Wählern erhielt sie 27%.

Bei den konfessionell nicht gebundenen Wählern verlor die SPD eine letzte Bastion. Hier erreichte die CSU Zuwächse von 11% und lag mit einem Anteil von 39% an erste Stelle. Die SPD musste sich in dieser Gruppe mit dem zweiten Platz begnügen und kam auf 29%, nur noch 9% vor den Grünen, die in dieser Gruppe 6% hinzugewinnen konnten.

8.4.8. Städtische und ländliche Gebiete

Wie in den vorhergehenden Wahlen auch, war ein Ansteigen des Stimmenanteils der CSU mit absinkender Bevölkerungszahl zu verzeichnen. So kam die CSU in Regionen mit niedriger Bevölkerungsdichte auf 65,1% und in dicht besiedelten Gebieten auf einen Wert von 53,6%.

Bei der SPD war dieses Ergebnis erneut genau spiegelverkehrt. So erreichte sie in den ländlichen Regionen nur 16,6%. In den dichter besie-

delten Gebieten hingegen konnte sie 25,5% der Stimmen auf sich verzeichnen.

Die Grünen wiesen in der Tendenz eine parallele Entwicklung zur SPD auf.

8.4.9. Hochburgen

Mit 72,2% lag die CSU in Mühldorf am Inn deutlich über ihrem Gesamtergebnis und konnte damit in diesem Stimmkreis ihr bestes Ergebnis verzeichnen. Mit jeweils 72,2% und 72,1% folgten die Stimmkreise Donau- Ries und Bamberg- Land.

Den höchsten Stimmanteil mit 35,6% konnte die SPD im Stimmkreis ihres Spitzenkandidaten Franz Maget in München- Milbertshofen verzeichnen. Dies bedeutete allerdings auch für diesen Stimmkreis einen Verlust von 1,3%. Mit 33% lag der Stimmkreis Führt- Stadt an zweiter Stelle. Der Verlust hier war jedoch zweistellig und belief sich auf 13,4%. Mit München- Schwabing (30,7%) und München- Giesing (30,6%) folgten zwei weitere Münchner Stimmkreise.

8.5. Zusammenfassung

Der deutliche Wahlerfolg der CSU war den Wählern schon lange vor der eigentlichen Abstimmung klar. Neben massiver Unzufriedenheit mit der Bundesregierung, überwiegend bedingt durch innerparteiliche Streitigkeiten in der SPD, und dem insgesamt günstigen Bundestrend für die Union lagen die Ursachen für das Ergebnis der Landtagswahl auch in Bayern selbst. Die CSU-geführte Staatsregierung konnte eine deutlich positive Leistungsbeurteilung erzielen, während die der SPD, wie auch die der Bundesregierung, im negativen Bereich lag. In allen wichtigen Politikfeldern galt die CSU als Partei mit den besseren Lösungsansätzen. Die SPD hingegen konnte in keinem Bereich einen nennenswerten Zuspruch verbuchen.

Erneut konnte der CSU- Spitzenkandidat große Teile des Erfolges seiner Person zurechnen lassen. 80% der Wähler bescheinigten ihm gute Arbeit, 55% der Befragten wünschten sich ihn als Ministerpräsidenten. Der weitgehend unbekannte SPD-Kandidat konnte in dieser Frage nur 16% erreichen.

9. Landtagswahl 2008

9.1. Politische Ausgangslage

Vor dieser Wahl herrschte u.a. aufgrund mancher politische Entscheidung der CSU-Regierung und ihres Ministerpräsidenten wie auch aufgrund parteiinternen Streitigkeiten innerhalb der CSU eine eindeutige Wechselstimmung. So sprachen sich vor der Wahl 60% der Wähler gegen eine erneute alleingeführte CSU- Regierung aus. 40% der Wähler legten sich jedoch erst in den letzten Tagen vor der Wahl endgültig auf eine Partei fest.

Bei dieser Wahl sahen 68% der Wähler landespolitische Themen als Grundlage für ihre Wahlentscheidung. Dabei zeigte die Leistungsbilanz, das Ansehen und das Personal der CSU im Vergleich zu den Wahlen der vergangenen Jahre erhebliche Defizite.

Für 32% der Befragten stand die CSU nicht mehr für das, was sie in der Vergangenheit ausgemacht hatte. Auch wurde die Regierungsarbeit schlechter bewertet als früher.

Die CSU genoss mit 1,6 Punkten auf der -5/+5 Skala jedoch weiterhin das höchste Parteienansehen. Mit einem Wert von 1,1 folgen ihr an zweiter Stelle die bisher nicht im Landtag vertretenen Freien Wähler.

Verbessert hatte sich hier auch die SPD. Sie erreichte gegenüber dem Wert von 2003 (-0,5) jetzt einen positiven Wert von 0,3.

Mit 68% bezeichneten mehr als doppelt so viele Bayern die wirtschaftliche Lage in Bayern als sehr gut bis gut. Jedoch gaben 78% an, nicht persönlich von dieser guten Lage zu profitieren.

Immerhin noch 70% der Befragten wiesen der CSU die Kompetenz zu, den Wirtschaftsstandort Bayern zu sichern. Die SPD hingegen konnte hier nur einen Wert von 12% erzielen.

Der SPD wurde auch vor dieser Wahl erneut keine Machtoption zugesprochen. Die größte Präferenz bei den Wählern wies eine Koalition der CSU mit der FDP oder den Freien Wählern auf. Eine Koalition der kleinen Parteien unter Führung der SPD wurde von der Vielzahl der Wähler abgelehnt.

9.2. Spitzenkandidaten

Günter Beckstein als amtierender Ministerpräsident ging für die CSU als Spitzenkandidat in die Landtagswahl 2008. Für die SPD trat erneut Franz Maget an.

Bei der persönlichen Leistungsbilanz erreichte Ministerpräsident Beckstein mit 62% einen durchschnittlichen Wert und lag damit deutlich unter den 80% seines Amtsvorgängers Edmund Stoiber.

Beckstein lag im politischen und persönlichen Profil klar vor Franz Maget. 55% der befragten Wähler favorisieren den amtierenden Ministerpräsidenten erneut für das Amt, Franz Maget hingegen wurde nur von 25% als zukünftiger Ministerpräsident gewünscht.

9.3. Wahlergebnis

Mit dieser Wahl wurde die Parteienlandschaft im bayerischen Landtag tiefgehend verändert. Mit 43,4% musste die CSU ihr schlechtestes Ergebnis seit einem halben Jahrhundert hinnehmen. Dies bedeutete einen Verlust von 17,3% und hatte zur Folge, dass sie zukünftig auf einen Koalitionspartner angewiesen war.

Die SPD konnte von den massiven Verlusten der CSU in keiner Weise profitieren. Sie musste erneut einen Verlust von 1% verkraften und kam mit 18,6% auf ihr schlechtestes Ergebnis seit Kriegsende.

Die Grünen hingegen konnten einen Zuwachs von 1,7% verzeichnen und kamen auf 9,4%.

Mit 8% schaffte die FDP den Einzug in den bayerischen Landtag, ebenso wie die Freien Wähler mit 10,2%. Die Linke blieb mit 4,3% unter der Fünf-Prozent-Hürde.

9.4. Analyse

9.4.1. Geschlecht

Die CSU-Verluste bei den Männern lagen mit 18% um 2% höher als bei den Frauen. Hingegen wies die SPD bei beiden Geschlechtern jeweils einen Verlust von 1% auf.

9.4.2. Alter

Grundsätzlich war festzuhalten, dass die CSU in allen Altersgruppen stark verloren hat. Nur bei der Gruppe der über 60-Jährigen gelang es ihr, mit 54% über die Hälfte der Stimmen zu holen, obwohl sie auch hier 11% verlor. Deutliche Verluste musste sie vor allem bei den mittleren Altersgruppen hinnehmen. Bei den 45- bis 59-jährigen verlor die CSU 21% und fiel unter die 40% Marke. Bei den 30- bis 44-jährigen verlor die CSU ebenfalls 20%. Die jüngste Bevölkerungsgruppe war ihr schon bei der Wahl 2003 nicht zugetan. Dies hat sich nicht geändert. So haben nur 37% der Erstwähler die CSU gewählt.

In der Gruppe der Erstwähler und der Wähler bis 24 konnte die SPD 2% zulegen. Einen Zuwachs von 1% verzeichnete sie in der Gruppe der 25- bis 34-jährigen. Jeweils 1% Verlust musste sie hingegen in den

Altersgruppen 34- bis 44- und 45- bis 59- hinnehmen. In der Altersgruppe 60+ lag sie mit 20% zwar immer noch über ihrem Gesamtergebnis, musste aber einen Verlust von 3% hinnehmen.

Die Grünen gewannen in den Altersgruppen der 18 bis 44 jährigen jeweils 2%, in der Gruppe der 45- bis 59- jährigen sogar 3% Nur in der Gruppe der über sechzigjährigen lagen sie mit 4% deutlich unter ihrem Landesdurchschnitt, konnten aber einen Zuwachs von 1% verbuchen. Die Freien Wähler verbuchten in den Altersgruppen 18 bis 59 Zuwächse zwischen 7% und 8%. Nur in der Gruppe der 60+ lagen sie mit einem Zuwachs von 4% und einem Gesamtergebnis von 7% unter ihrem Gesamtergebnis.

Die FDP konnte mit 8% ihrem größten Zuwachs in der Gruppe der 25 bis 34 jährigen verzeichnen. Ansonsten beliefen sich die Zuwächse zwischen 5% (18 bis 24), 6% (35 bis 44) und 4% (60+).

9.4.3. Bildung

Den bedeutendsten Stimmanteil erhielt die CSU bei den Wählern mit einer niedrigen Bildung. So wählten 51% aus dieser Gruppe die CSU, was aber dennoch einen Verlust von 16% bedeutete. In der Gruppe mit mittlerer Bildung waren die Verluste mit 21% am deutlichsten; hier erzielte die CSU 43%. Wie in den vorangegangenen Wahlen auch, erzielte die CSU in der Gruppe mit hoher Bildung ihr schlechtestes Ergebnis und kam hier auf 35%.

Die SPD erlitt in der Gruppe mit mittlerer und niedriger Bildung einen Verlust von jeweils 1%. In der Gruppe der Wähler mit hoher Bildung lag sie mit 20% immer noch über dem Gesamtdurchschnitt, musste allerdings einen Verlust von 2% hinnehmen.

Die Grünen konnten in allen Bildungsschichten 1% hinzugewinnen. Mit 17% lag auch diesmal der überdurchschnittliche Stimmanteil bei den Wählern mit hoher Bildung.

Mit einem Stimmanteil von 12% erzielten die Freien Wähler in der Gruppe mit mittlerer Bildung den höchsten Stimmanteil und konnten auch in dieser Gruppe mit 9% den bedeutendsten Zuwachs verbuchen.

Jeweils 6% Zuwachs hatte die FDP in den Gruppen mit hoher bzw. mittlerer Bildung. Sie erreichte hier 11% bzw. 8%. Einen unterdurchschnittlichen Wert erhielt sie in der Wählergruppe mit niedriger Bildung, erreichte hier allerdings auch noch mit einem Zuwachs von 5% ein Ergebnis von 6%.

9.4.4. Berufsgruppen

Mit 39% erfuhr die CSU ihren umfangreichsten Verlust innerhalb der relativ kleinen Wählergruppe der Landwirte. Sie kam auf einen Wert von 52%, lag damit jedoch immer noch über ihrem Gesamtergebnis. Bei der Gruppe der Arbeiter kam sie auf 41%, verlor damit 24%. Innerhalb der Angestellten kam sie auf 36%, bei den Beamten auf 31%. Den geringsten Verlust erfuhr sie in der Gruppe der Rentner, wo sie mit 56% ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielte.

Die SPD hingegen musste innerhalb der Gruppe der Rentner einen Verlust von 5% verkraften und kam hier auf 21%. Dieser Verlust erfolgte auch in der Gruppe der Beamten, wo sie zugleich ein überdurchschnittliches Ergebnis von 24% erzielte. Zuwächse konnte die SPD bei den Arbeitern (2%) erzielen, lag mit 18% jedoch unter ihrem Gesamtergebnis. Auch in der Gruppe der Angestellten konnte sie einen Zuwachs von 1% aufweisen. Bei den Arbeitslosen konnte sie ihren größten Stimmenzuwachs verbuchen. So war in dieser Gruppe ein Anstieg von 15% auf 27% gegeben. Dies war zugleich das beste Ergebnis innerhalb der Berufsgruppen für die SPD.

Die Grünen konnten in den einzelnen Berufsgruppen Zuwächse zwischen 1% bis 3% erzielen. Nur in der Gruppe der Arbeitslosen mussten sie einen Verlust von 6% hinnehmen.

Bei den Freien Wählern waren Zuwächse von bis zu 17% (Landwirte) gegeben. Wie die Grünen hatten sie auch nur bei den Arbeitslosen einen Verlust von 1% aufzuweisen.

Die FDP erzielte in allen Berufsgruppen Gewinne, am meisten mit 11% bei den Landwirten.

9.4.5. Gewerkschaftszugehörigkeit

Bei den gewerkschaftlich organisierten Wählern kam die CSU auf 33%, was einen Verlust von 14% bedeutete.

Die SPD war hier trotz eines Verlustes von 7% mit einem Ergebnis von 28% in dieser Gruppe immer noch überdurchschnittlich gewählt worden.

Die Ergebnisse der Grünen und der FDP bei den gewerkschaftlich organisierten Wählern lagen unter ihrem Gesamtdurchschnitt. Die Freien Wähler erzielten in dieser Gruppe 11%.

9.4.6. Konfessionen

Obgleich sie Verluste von 17% hinnehmen musste, schnitt die CSU auch bei dieser Wahl bei der Gruppe der Katholiken immer noch überdurchschnittlich ab und erzielte 50%. Innerhalb der Gruppe der evangelischen Wähler kam sie auf ein Ergebnis von 40%, musste damit auch einen Verlust von 15% hinnehmen.

Die SPD hielt mit 15% bei den Katholiken ihren unterdurchschnittlichen Wert von 2003. Bei den evangelischen Wählern musste sie allerdings

Verluste von 3% verzeichnen, lag mit 25% jedoch noch bei einem überdurchschnittlichen Ergebnis.

Alle anderen Parteien konnten sowohl bei den Wählern katholischer wie auch evangelischer Konfession einstellige Zuwächse verzeichnen.

9.4.7. Städtische und ländliche Gebiete

Bis zur Wahl 2008 galten die ländlichen Gebiete als eine sichere Bastion für die CSU. Zwar erzielte sie auch dieses Jahr wieder hier ihre höchsten Ergebnisse, jedoch musste sie auf dem Land durchweg die höchsten Verluste verkraften. Der hohe Verlust in den früher sicheren Stimmkreisen der CSU zog sich wie ein roter Faden durch das Wahlergebnis.

Für die SPD konnte man in keinem Bereich nennenswerte Gewinne oder Verluste ausmachen. In den ländlichen Gegenden war es ihr größtenteils nicht möglich zuzulegen und verlor weiter Prozentpunkte. In den städtischen Ballungsräumen konnte sie zugleich kaum Boden gut machen.

Die Grünen hingegen konnten nahezu durchweg, gleich ob ländlicher oder städtischer Raum, zwischen 0,1% und 5% zulegen.

Die Verluste der CSU gingen fast durchweg an die Freien Wähler und die FDP, die sowohl in den städtischen Ballungsräumen als auch auf den ländlichen Gebieten deutliche Zuwächse verzeichnen konnten.

9.5. Zusammenfassung

Wer erwartete, dass die SPD erstmals die Schwäche der CSU nutzen konnte, um in Bayern wieder einen Sprung nach vorn zu machen, hatte sich geirrt. Vom Verlust von 17,3% der CSU konnte die SPD in keiner Weise profitieren. Vielmehr verlor sie (auf niedrigem Niveau) noch einmal 1%.

Mit dem Erfolg von Freien Wählern und FDP haben sich lediglich die Gewichte innerhalb des bürgerlichen Lagers in Bayern verschoben. Der Erfolg der kleinen Parteien erklärt sich auch aus der nachlassenden Bindungskraft der großen Volksparteien und musste vor dem Hintergrund der Zusammenarbeit von Union und SPD in der großen Koalition im Bund gesehen werden.

Die SPD konnte den Wählern erneut keine Machtperspektive bieten. Gegen Ende des Wahlkampfes und dem sich abzeichnenden CSU- Verlust kam Skepsis gegenüber einem SPD- geführten Bayern auf. Dies war überwiegend auf einen Mangel an zugeschriebener Wirtschaftskompetenz zurückzuführen.

III. **ERGEBNISSE**

Die Auswertung der Wahlanalysen der Landtagswahlen in Bayern der letzten 30 Jahre ergibt vor allem sechs Ursachen für den Rückgang der SPD. Fünf diese Ursachen gelten im Grunde für die SPD im gesamten Bundesgebiet, schlagen aber in Bayern besonders zu Buche.

1. Gesellschaftliche Entwicklung

- 1.1.** Die SPD ist fast 150 Jahre alt. In ihren ersten 100 Jahren war sie die Partei der Unterdrückten und Entrechteten. Sie war 1863 gegründet worden als Protest gegen die damaligen unzumutbaren sozialen Zustände. Der Großteil der Bevölkerung hatte keine oder nur wenige Rechte. Die SPD nahm die Sehnsucht nach sozialer Gerechtigkeit aus dem Volk auf. Die SPD wurde eine Volksbewegung.

Die Zustände haben sich geändert. Während es 1863 und in den darauffolgenden 100 Jahren dem Großteil der Bevölkerung schlecht ging, hat sich dieses in den letzten 50 Jahren umgekehrt. Dem Großteil der Bevölkerung geht es heute vor allem aufgrund sozialdemokratischer Politik gut. Dieser Teil fürchtet, dass es ihm wieder schlechter gehen könnte. Weil dieser Teil aber den konservativen Parteien eher die Kompetenz zutraut, den wirtschaftlichen Wohlstand zu erhalten, wählt er nicht die SPD. Das ist bitter, weil gerade diejenigen, denen die SPD geholfen hat, sie verlassen haben.

- 1.2.** Dieses liegt vor allem an der gesellschaftlichen Entwicklung. In den letzten 30 Jahren haben sich die Existenzbedingungen der Bundesbürger radikal gewandelt. Das hat einen großen Einfluss auf das politische Verhalten der Wähler und die Strategien und Erfolgsaussichten der Parteien gehabt. Gerade die SPD hat noch in der Nachkriegsgeschichte von einem starken Arbeitnehmerzuspruch profitiert. Doch diese soziale Schicht hat prozentual am stärksten abgenommen. Der Aufstieg der Arbeiterschaft, für die die SPD so lange (und erfolgreich) gekämpft hatte, erfolgte nicht in Richtung

der sozialistischen Zukunftsgesellschaft, sondern in die Mittelschicht des „kapitalistischen“ Staates.

Grund war, dass Deutschland aufgrund des Zusammenwirkens unterschiedlicher Faktoren (vor allem die Bildungsexpansion bisher unterprivilegierter Schichten, rationalisierte Produktionsmethoden, Rückgang industrieller Beschäftigung etc.) in den letzten Jahrzehnten den Charakter einer arbeitsintensiven Industriegesellschaft verlor und immer mehr eine komplexe Dienstleistungsgesellschaft wurde. Das Anwachsen des letzten Sektors zuungunsten des ersteren war gleichbedeutend mit einer Erosion des traditionellen Wählerpotentials der SPD. Die traditionelle Bindung an eine Partei war nicht mehr gesichert. Der einzelne Bürger, der früher in seiner Schicht (Klasse) eingebunden war und zumeist auch die politische Ansicht des Elternhauses übernommen hatte, bekam die Möglichkeit, sich den sozialen Zwängen zu entziehen und seine Biographie freier zu gestalten. Alle Untersuchungen zeigen, dass Arbeiter und Angestellte nicht mehr überwiegend SPD wählen, sondern je nach Bildungsgrad eine der anderen Parteien. Das gilt sogar für Gewerkschaftsmitglieder.

Auch die Gewerkschaften sind vom Zerfall der traditionellen Milieus betroffen. Diese haben allein zwischen 1993 und 2003 fast 24 % ihrer Mitglieder verloren.

Der gesellschaftliche Wandel hat zu einer extremen gesellschaftlichen Ausdifferenzierung geführt, so dass heute nicht mehr von sozialen Schichten gesprochen werden kann, in die sich die Gesamtgesellschaft Deutschlands untergliedern lässt. Vielmehr ist es so, dass sich eine Fülle von neuen Milieustrukturen herausgebildet hat, die neben oder sogar anstatt den traditionellen Schichten existieren. Vor allem in der Jugendkultur lässt sich der Trend zu immer unterschiedlicheren dynamischen Milieustrukturen erkennen, während sich meistens nur noch ältere Bürger alten Gesellschaftssegmenten zuordnen lassen. Für die Mitgliederstruktur der SPD hat dieser Prozess einschneidende Folgen, denn es ist der Partei nur unzureichend gelungen, diesen individualisierten Personenkreis für sich zu gewinnen.

nen. Die unterrepräsentierten Jahrgänge der heute 35jährigen und jünger sind ein deutliches Indiz für diesen Sachverhalt.

Vorstehende Entwicklung findet ihre Entsprechung beim Schwund der Mitglieder, der geradezu parallel zu den Wahlergebnissen verläuft. Und bei den Mitgliedern selbst gibt es auch nicht mehr den „typischen“ Sozialdemokraten. Während die SPD früher ihre Mitglieder überwiegend aus den Kreisen der Arbeiter und Angestellten und den Gewerkschaften rekrutierte, kann davon heute keine Rede mehr sein.

- 1.3. Zu der dargestellten gesellschaftlichen Entwicklung kamen 1989 der überraschende Zusammenbruch der Staaten des Ostblocks und die deutsche Wiedervereinigung hinzu. Wie alle „linken“ Parteien, so war auch die SPD von dem Wandel nachteilig betroffen, denn der Begriff Sozialismus kam durch das Ende des Warschauer Paktes allgemein in Misskredit. Trotz aller grundsätzlichen und massiven Unterschiede zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Politikvorstellungen hat dies bei vielen Linken – auch in der deutschen Sozialdemokratie – zu einer weiteren Verschärfung der Identitätskrise geführt.

Aber auch dem Wähler ist damit eine klare Alternative abhandengekommen. Es ist daher konsequent, dass seit 1994 die Wechselwähler stark zugenommen haben, weil spätestens 1989 die Klassengesellschaft beerdigt wurde mit gleichzeitigem Aufblühen einer neuen, sozial breit gefächerten Bürgergesellschaft mit unterschiedlichen individuellen Bedürfnissen.

2. Flügelkämpfe

- 2.1. Die SPD ist in erster Linie eine Programmpartei, keine pragmatische Partei. Prinzipien sind wichtiger als Regieren. Dieses zieht sich durch ihre gesamte Geschichte. Die SPD hat immer einen „ideologischen Überschuss“ gehabt, was das Regieren oft sehr schwer machte. Rosa Luxemburg sah sogar den „natürlichen Platz der Sozialdemokratie“ in der Opposition.

Die gesamte Geschichte der SPD ist geprägt durch die Spaltung zwischen Idealisten und Praktikern, Theoretikern und Machern, Modernisierern und Traditionalisten, links und rechts. Es sei nur an die Auseinandersetzungen zwischen Eduard Bernstein, Karl Kautsky oder August Bebel erinnert. Was damals zur Entstehung der USDP 1917 führte, lässt sich ohne weiteres mit der Gründung der WASG (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit) vergleichen. Beide beanspruch(t)en, die richtige SPD zu vertreten.

Bereits Reichskanzler Hermann Müller scheiterte 1930 in der Partei wegen eines Kompromisses zur Lösung der Probleme in der Arbeitslosenversicherung. Und auch Friedrich Ebert genoss nicht die Zustimmung aller Sozialdemokraten. Dieses setzte sich fort bei unseren Bundeskanzlern Brandt, Schmidt und Schröder. Die SPD hat schon immer ein Bedürfnis gehabt, ihre Führungspersönlichkeiten kritisch zu begleiten.

Gerade in den letzten 30 Jahren kann man dieses exemplarisch nachverfolgen. Die Themen Nato-Doppelbeschluss, Asylkompromiss, Innere Sicherheit (Lauschangriff, Schleierfahndung), Hartz IV, Agenda 2010 oder der Kurs von Ypsilanti haben zu erbitterten Flügelkämpfen geführt. In Bayern kamen die internen Streitigkeiten in München in den 70er Jahren hinzu (was zum vorübergehenden Verlust des Oberbürgermeisters führte), die Ausländerpolitik (Mehmet) oder das Schmidt-Schmid-Gegeneinander. Die Beispiele lassen sich beliebig fortsetzen.

- 2.2.** In der Regel entwickeln sich Parteiensysteme über die Hauptkonfliktlinien einer Gesellschaft. Für die frühe Bundesrepublik war dies in erster Linie der ökonomische Verteilungskonflikt. Bis Mitte der siebziger Jahre war dieses Grundmuster dominant. Die SPD definierte sich als Volkspartei, die schwerpunktmäßig die Interessen der Arbeitnehmer und Sozialschwachen vertrat. Viele essentielle innenpolitische Themen ließen sich somit in ein Links-Rechts-Schema einordnen und daraus resultierten zwei politische Lager.

Mit der Dominanz der Dienstleistungsgesellschaft schwächte sich das eindimensionale Zuteilungskriterium „Verteilung“ immer stärker ab. Stattdessen bildete sich ein mehrdimensionales Konfliktschema. Neben die ökonomische Streitfrage gesellte sich vor allem die allumspannende ökologische Frage, die in den Verteilungskonflikt als Konkurrenzforderung hineinwirkte. Die bisherige Grundmaxime, wirtschaftliches Wachstum als Voraussetzung für Wohlstandsschaffung und materielle Umverteilung, wurde durch radikale ökologische Forderungen der Grünen stark in Zweifel gezogen. Das Ergebnis ist – das zeigen die heutigen Debatten um Schwarz-Grüne Koalitionsmodelle -, dass sich Themen nicht mehr eindeutig in ein Links-Rechts-Schema pressen lassen.

- 2.3.** Die SPD als Solidargemeinschaft für Arbeitnehmer und Sozialschwache geriet aufgrund dieses gewandelten Konfliktmusters in eine prekäre Situation, ohne das als Chance zu begreifen. Vielmehr hat die SPD nach wie vor mehrere Flügel, die sich auf höherer Ebene institutionalisiert haben und sich nach wie vor bekämpfen. Leider mündet dieser Kampf über das Programmatische hinaus immer wieder in persönliche Auseinandersetzungen zwischen Parteimitgliedern. In einer modernen Mediengesellschaft wird dieses sofort unmittelbar transportiert. Daher ist auch die einhellige Meinung der Meinungsforscher, dass ein großer Teil der Bürger die SPD als zerstritten wahrnimmt. In Irsee 2009 hat Kajo Wasserhövel hierzu eine Untersuchung über die „geparkten“ Wähler zitiert: Auf die Frage, weswegen sie nicht mehr SPD wählen würden, gaben diese als Grund die mangelnde Geschlossenheit der SPD an.

Ursache hierfür sind nicht etwa die Flügelkämpfe, sondern das Nachtarocken der Flügel, wenn die Entscheidungen gefallen sind. Das größte Übel der SPD ist, dass die Flügel keine Disziplin kennen. Hat einer der Flügel verloren, werden nicht etwa die Reihen geschlossen, sondern es wird weiter gestritten. Damit manifestiert sich aber nach außen das Bild einer zerstrittenen, nicht geschlossenen Partei. Es ehrt die SPD, wenn intern für das richtige Programm gestritten wird. Es entehrt sie, wenn nach einem Beschluss der Streit weitergeht.

Entscheidend ist jedoch, dass diese Streitigkeiten und die Zerrissenheit das Bild der SPD mehr prägen als die gute sachliche Arbeit, die von ihr geleistet wird. Dabei wird vergessen, dass der immer wieder zitierte normale Mensch nichts sehnlicher wünscht, als den Bestandsschutz seines Daseins. Die Aufgabe der SPD wäre es, dem Bürger bewusst zu machen, dass auch sie dieses in allen Bereichen will. Das kann der Bürger aber nicht erkennen, wenn bei bestimmten Themen, die ihn ängstigen, die SPD selber nicht zu einer endgültigen Entscheidung findet. Vielmehr wird er durch die internen Streitigkeiten zusätzlich verunsichert.

Daraus resultiert nicht die Forderung nach einer Abschaffung oder Stützung der Flügel, sondern die Forderung nach innerparteilicher Disziplin nach gefallen Entscheidungen. Und das gilt für alle Flügel. Denn es kann nicht sein, dass wir mehr Energie auf die innerparteilichen Auseinandersetzungen verwenden als auf die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner.

3. Programme und Personen

Dass die SPD eine Programmpartei ist, wird besonders deutlich auf ihren Parteitagen. Hier wird bis zum letzten Komma gestritten. Und die Aufnahme bestimmter Wörter wird als Sieg des einen oder des anderen Flügels gefeiert. Wenn sich dann bei den Wahlen kein Erfolg einstellt, liegt es nicht etwa an dem besten Programm aller Zeiten, sondern an dem Wähler, der das Programm nicht versteht.

Dabei sind die Analysen der Wahlforscher eindeutig: Eine entscheidende Rolle für den Wähler spielt in erster Linie die kandidierende Person und dann erst das Programm. Die Spitzenkandidaten stehen in der Regel für eine bestimmte politische Richtung und kommen den emotionalen Bedürfnissen der Wähler nach Identifikation mit einer Leitfigur entgegen. Dieses spielt in einer Gesellschaft, in der Politik immer mehr über die elektronischen Medien vermittelt wird, eine zunehmend größere Rolle. Gerade im Fernsehen wird zuerst die Person wahrgenommen. Hier entscheidet sich der Wähler über Sympathie oder Antipathie für ei-

ne bestimmte Person. Der persönliche Eindruck ist wesentlich wichtiger als das Programm. Unsere Wahlerfolge mit Brandt, Schmidt und Schröder sind daher in erster Linie hiermit zu erklären.

Auch die von uns so oft zitierten Kommunalpolitiker sind ein gutes Beispiel dafür. Sie werden in erster Linie aufgrund ihres persönlichen Profils und ihrer persönlichen Kompetenz gewählt und erst in zweiter Linie deswegen, weil die Partei ein gutes Programm aufgestellt hat. In der Regel hat der Wähler dieses Programm überhaupt nicht gelesen.

4. Kompetenzen

Außer den Personen ist für den Wähler nach Ansicht der Wahlforscher (noch vor den Programmen) entscheidend, wie eine Partei mit den aus der Sicht der Wähler aktuellen, zur Lösung anstehenden politischen Problemen umgeht. Hierbei kommt es nicht so sehr auf die eigene Betroffenheit an, sondern vor allem auf die den Parteien und ihren Spitzenkandidaten zugeschriebene Fähigkeit, diese Probleme innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens verantwortlich zu lösen.

Letzteres spielt gerade bei der geschilderten Veränderung der Berufs- und Sozialstruktur der Gesellschaft zu einer Dienstleistungsgesellschaft eine immer stärkere Rolle, die – wie gezeigt - zur Auflösung von Milieubindungen und damit zu sinkenden Anteilen treuer Mitglieder und Wähler der SPD führt. Dem entspricht die immer stärker werdende Zunahme von Wechselwählern. Diese werden vor allem über aktuelle politische Probleme und deren mögliche Lösungen angesprochen, so dass die aktuelle Politik als kurzfristiger Einflussfaktor auf das Wahlverhalten immer wichtiger wird. Dieses wird durch die Umfragen bestätigt, wonach sich ein großer Teil der Wähler erst kurz vor der Wahl für sein Votum entscheidet.

Vorstehende Ausführungen finden ihre Entsprechung bei der Zuweisung der Kompetenzen an die SPD. Die Unionsparteien haben einen klaren Vorsprung vor der SPD bei der Kompetenzzuweisung in Fragen Wirtschaft, Krisenbewältigung, internationale Finanzmärkte beaufsichtigen, deutsche Interessen in Europa vertreten, innere Sicherheit. Nur beim Bereich soziale Gerechtigkeit ist die SPD noch

leicht führend. Das ist aber zu wenig. Die SPD geht immer noch davon aus, dass gerade sie in Zeiten der Krise als sozialpolitische Bewahrerin von Sicherheit und Stabilität gefragt ist. Aber es ist genau umgekehrt. Gerade diejenigen, denen die SPD ihren Wohlstand verschafft hat, trauen dessen Erhalt eher der Union und der FDP als der SPD zu.

5. Ältere

Bei den letzten Landtagswahlen in Deutschland haben nur noch wenige ältere Wähler (über 60 Jahre) die SPD gewählt: In Niedersachsen und in Hamburg waren es nur noch 30 % der Älteren; in Hessen waren es immerhin noch bei der vorletzten Wahl 35 %, bei der letzten Wahl nur noch 28 %; in Bayern waren es ganze 20 %.

Gerade Ältere haben ein großes Bedürfnis nach Sicherheit, sei es die eigene soziale Sicherheit oder der sichere Heimweg. Gerade sie wählen daher nach Kompetenz und nicht nach Ideologie, nach Frieden und nicht nach Flügelstreitigkeiten. Das gilt in der Regel für alle älteren Wähler gleich welchen Bildungsgrades.

Die demographische Entwicklung bewirkt, dass der Anteil älterer Wählerinnen und Wähler stark ansteigt. Ein Drittel der Wähler ist über 60 Jahre alt. Die prozentual besseren Wahl-Werte bei den Jungwählern dürfen daher nicht dazu verleiten, die größere (und größer werdende) Zahl älterer Wählerinnen und Wähler zu vernachlässigen. Bei der Generation 60plus handelt es sich um eine neue Generation, die fit, aktiv, selbstbewusst und vor allem politisch interessiert ist. Deshalb ist auch ihre Wahlbeteiligung höher als bei anderen Altersgruppen.

Hierzu ein Zitat aus dem Vorwärts 03/2008, S. 9: „Notwendig ist eine größere Beteiligung der SPD-Senioren in den Gremien der Partei und bei der Aufstellung für Mandate. Die SPD braucht zudem eine thematische Ausrichtung an den Bedürfnissen der Älteren und in der Spitze der Partei Repräsentanten, mit denen sich ältere Menschen identifizieren können.“

6. Finanzen

Weil die CSU nicht die Landesorganisation einer Bundespartei ist, sondern eine eigenständige Bundespartei auf Landesebene, kassiert sie bei allen Wahlen selbständig ab. Bei Europa- und Bundestagswahlen bekommt die BundesSPD die Wahlkampferrstattung, die BayernSPD nichts. Die CSU kassiert unabhängig von der CDU 70 Cent pro Wähler. Für die ersten vier Millionen Stimmen gibt es sogar je Stimme 85 Cent, mit anderen Worten: CDU wie CSU kassieren diese 15 Cent zusätzlich für die ersten vier Millionen Stimmen jeder für sich. Allein dieses bedeutet für die CSU eine Mehreinnahme von 600.000,00 Euro im Jahr gegenüber der BayernSPD.

Noch schlimmer ist es, wenn man die Gesamteinnahmen der CSU in den letzten 15 Jahren mit denen der SPD vergleicht (1994 bis 2008). In diesem Zeitraum erhielt die CSU etwa 300 Millionen Euro, während es bei der SPD etwa 100 Millionen Euro waren. Hiervon entfielen aus staatlichen Mitteln bei der CSU etwa 160 Millionen Euro, während es bei der SPD ganze 30 Millionen waren.

Diese Finanzlage wirkt sich natürlich auf den gesamten politischen Bereich aus, sei es Geschäftsstellen, innerparteiliche Arbeit, Veranstaltungen, Pressearbeit und Wahlkampf.

Das Jammern in diesem Bereich hilft aber nichts. Gerade der große Unterschied bei den staatlichen Mitteln liegt daran, dass die SPD schlechte Wahlergebnisse hat. Nur bessere Wahlergebnisse können die Finanzlage verbessern.

IV. WAS IST ZU TUN?

Vorstehende Analyse führt zu der Frage vieler Soziologen und Politologen, ob das Ende der sozialdemokratischen Ära angebrochen sei. Diese Frage ist schon deswegen zu verneinen, da keine Partei derzeit den Wähler zu überzeugen weiß. Bei allen Umfragen, welche Partei die besten Ideen habe, wie Wirtschaft und Gesellschaft zukünftig zu gestalten seien, wird keiner Partei eine klare Präferenz zugeordnet: 26 % können keine Partei nennen, 27 % nennen die Union und 19 % die SPD.

Die SPD ist also noch nicht abgeschlagen. Die Positionierung als soziale Gerechtigkeitspartei kann der SPD allerdings nur dann gelingen, wenn sie die vorgenannten Punkte berücksichtigt und nachfolgendes zur Kenntnis nimmt:

1. Durch die gesellschaftliche Veränderung zu einer modernen Dienstleistungsgesellschaft ist der SPD ein Großteil der Stammwähler abhandengekommen. Diese Entwicklung findet sich auch bei anderen Parteien und großen Organisationen und Verbänden, wenn auch nicht so drastisch. Diese Wähler wurden zu Wechselwählern, deren Lager ständig zunimmt. Es handelt sich hierbei, wie gerade bei den letzten Wahlen zu sehen, um mündige, selbstbewusste und kritische Wähler, die sich nicht mehr einordnen lassen möchten. Sie orientieren sich an den aktuellen Themen und an den Personen (Spitzenkandidaten), denen sie die Lösung dieser Probleme am ehesten zutrauen (Kompetenz).
2. Ein Teil der verbliebenen Stammwähler der SPD „parkt“, ist also im Lager der Nichtwähler gelandet. Das gilt auch immer wieder für einen Teil der Wechselwähler. Unabhängig davon hat das gesamte Nichtwählerlager eine erschreckende Größe angenommen.
3. Der SPD kommen nicht nur die Wähler abhanden, sondern auch die Mitglieder. Das ist besonders nachteilhaft, weil es sich bei diesen um wichtige Multiplikatoren in der Gesellschaft handelt.
4. Die veränderte Gesellschaft weiß mit den Flügelkämpfen der SPD nichts anzufangen. Bereits 1976 kamen Holger Börner und Hans Koschnyk in ihrer Analyse

des Bundestagswahlkampfes zu folgenden Feststellungen: Das Erscheinungsbild der Sozialdemokraten wurde durch innerparteilichen Streit und mangelnder Anpassungsfähigkeit an neue Lebensgewohnheiten der Bürger beeinträchtigt.

5. Die Themen müssen neu verortet werden: Themen, die alle Schichten der Bevölkerung ansprechen wie die ungerechte Vermögensverteilung; ein gerechtes, verständliches Steuersystem; Aufstieg durch Bildung; eine moderne Arbeitszeitpolitik; flexible Übergänge in den Ruhestand; Anforderung an eine Gesellschaft, die immer mehr Ältere hat; gleiche Chance für Männer und Frauen im Arbeitsleben.

Bei allen diesen Themen geht es um soziale Gerechtigkeit, nicht aber um linke oder rechte Positionen. Gefragt sind intelligente, innovative Lösungen. Das ist umso wichtiger, weil es den typischen linken oder rechten Wähler nicht mehr gibt. Die Lösung von Problemen kann heute nur noch themenbezogen erfolgen und nicht durch den Blick einer ideologischen Brille. Das hat für eine Programmpartei einschneidende Folgen. Wer diese Folgen bezweifelt, sollte wieder zu den Tabellen auf den Seiten 4 bis 6 zurückkehren, die die Entwicklung der SPD in den letzten 30 Jahren zeigen.

Zusammengefasst

Die SPD mit allen ihren differenten Teilen muss akzeptieren, dass ein grundsätzlicher gesellschaftlicher Wandel stattgefunden hat und dass sie sich deswegen um eine Vielzahl von Schichten der Bevölkerung kümmern muss. Nur wenn sie das berücksichtigt und auf der Grundlage der guten Tradition der SPD in einer veränderten Gesellschaft zeitgemäße Lösungen bietet, hat sie eine Chance, als Partei für alle Gesellschaftsschichten gewählt zu werden.

Literaturverzeichnis

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Wahl zum Bayerischen Landtag am 21. September 2003/ 28. September 2008, Endgültiges Ergebnis, , München, 2004/ 2008.

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Wahlen und Bayern, 1946 bis 1990, München 1993.

Bernhard Schäfers/ Wolfgang Zapf (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998.

Bernhard Schäfers: Politischer Atlas Deutschland, Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger, Bonn 1998.

Blessing, Karlheinz (Hrsg.): SPD 2000. Die Modernisierung der SPD, Berlin 1993.

Falter: Bayerns Uhren gehen wirklich anders: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Westdeutscher Verlag, Opladen 1982.

Falter: Die bayerische Landtagswahl vom 10. Oktober 1982: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Westdeutscher Verlag 1983.

Fischer, Joschka: Die Linke nach dem Sozialismus, Hoffmann und Campe, Hamburg 1992.

Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Wahl in Bayern, Nr. 16, Mannheim 1978,- Nr. 30, Mannheim 1982,- Nr. 43, Mannheim 1986,- Nr. 59, Mannheim 1990,- Nr. 75, Mannheim , - 1994, Nr. 90, Mannheim 1998,- Nr. 113, Mannheim 2008.

Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Landtagswahl in Bayern 2008, Kurzanalyse, Mannheim 2008.

Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland: Religionszugehörigkeit Bayern 1970,1987, 2003, 2004, Fassung vom 12.08.2005, fowid, 2005.

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die neue SPD, 2004.

Habermas, Jürgen: die Neue Unübersichtlichkeit, Suhrkam, Frankfurt am Main 1985.

Historische Kommission beim Parteivorstand der SPD (Hrsg.): Die programmatische Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 1994.

Hofmann, Robert: Geschichte der deutschen Parteien, Piper, München 1993.

Hübner/Oberreuter: Parteien und Wahlen in Deutschland, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2003.

Infratest dimap: Analyse der Landtagswahl in Bayern, 2008.

Jun, Uwe: Wandel des Parteien- und Verbändesystems, APuZ, 28/2009.

Jung/Rieger: Die bayerische Landtagswahl vom 25. September 1994, Zeitschrift für Parlamentsfragen, Westdeutscher Verlag, Opladen 1985.

Leonhard Elke und Leonhard Wolfgang: Die Linke Versuchung, Wohin steuert die SPD, be.bra Verlag, Berlin 2009.

Mehring, Hartmut (Hrsg. Im Auftrag der Georg-von-Vollmar-Akademie): Von der Klassenpartei zur Volkspartei. Wegmarken der bayerischen Sozialdemokratie 1892-1992. München 1992.

Miller Susanne und Potthoff Heinrich: Kleine Geschichte der SPD, Darstellung und Dokumentation 1848-1990, Verlage Neue Gesellschaft GmbH, Bonn 1991.

Mintzel: Gehen Bayerns Uhren wirklich anders?, Zeitschrift für Parlamentsfragen, Westdeutscher Verlag, Opladen 1987.

Oberreuter, Heinrich: Parteiensystem am Wendepunkt?, Günter Olzog Verlag GmbH, München 1996.

Oberreuter, Heinrich/Mintzel, Alf: Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, München 1990.

Renz/Rieger: Die bayerische Landtagswahl vom 13. September 1998, Zeitschrift für Parlamentsfragen, Westdeutscher Verlag, Opladen 1999.

Schulze: Die bayerische Landtagswahl vom 12. Oktober 1986/14. Oktober 1990, Zeitschrift für Parlamentsfragen, Westdeutscher Verlag, Opladen 1987/1991.

SPD-Parteivorstand: Landtagswahl Bayern, Ergebnisse und Schnellanalyse, Berlin 2008.

Stöss Richard (Hrsg.): Parteienhandbuch, Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Band 2, Westdeutscher Verlag, Opladen.

Universität München: Landtagswahl Bayern 2008, Das bayerische Wählerverhalten in der Analyse, München 2008.

Walter, Franz: Im Herbst der Volksparteien?, transcript, Bielefeld 2009.

Walter, Franz: Die SPD nach der deutschen Vereinigung - Partei in der Krise oder bereit zur Regierungsübernahme, Zeitschrift für Parlamentsfragen, Westdeutscher Verlag, Opladen 1995.